



DER FREIHEITSKÄMPFER

Organ der Kämpfer für Österreichs Freiheit

31. JAHRGANG

SEPTEMBER 1979

NUMMER 3

Grundwerte und Strukturreform

Im Salzburger Programm deklariert sich die ÖVP als Partei der „fortschrittlichen Mitte“ und erstrebt einen Fortschritt durch zunehmende Verwirklichung humaner und demokratischer Werte. Die moderne Gesellschaft und ihre Struktur drängt unübersehbar nach Neuerungen, die aber gesteuert werden sollen, um einen echten Fortschritt herbeizuführen. Ein Mindestmaß gemeinsamer Werte muß erkannt und bekannt sein, an dem sich die vielfältigen Teilverbände und Interessengruppen orientieren können und in ihrer Tätigkeit aufeinander abstimmen.

Die ÖVP als „Soziale Integrationspartei“ will alle Gruppen, Schichten und Stände des Volkes umfassen und deren kulturelle, wirtschaftliche, soziale und politische Interessen im Einklang mit dem Gemeinwohl wirksam vertreten. Wenn jedoch der Schwerpunkt der Aktionen auf den wirtschaftspolitischen Bereich verlagert wird, erlangen die an sich gegensätzlichen Interessen der traditionellen und basisnahen Bünde und Zweckorganisationen ein merkliches Übergewicht und führen eher zu einer Isolation als zur notwendigen Integration. Die gemeinsamen Grundwerte des Salzburger Programms sind erkennbar das „personalistische Menschenbild“ und das „partnerschaftliche Gesellschaftsmodell“. Diese Werte oder Ideale haben absoluten Vorrang und sollen alle bestehenden und auftretenden Gegensätze ausgleichen helfen.

Der Begriff „Person“ mit unseren damit verbundenen Wertvorstellungen stammt aus dem „christlich-abendländischen Kulturkreis“ und sieht im Menschen das Ebenbild Gottes, für seine Taten dem Herrgott un-

mittelbar verantwortlich, herausgelöst aus der Bindung an die Natur und aus der Verflechtung in die Gesellschaft. „Der Mensch ist Modell, nicht Produkt der Gesellschaft!“ Die personale Natur des Menschen und sein äußeres Werk sind fundamentale Elemente der Gesellschaft und setzen die Freiheit der Person für die auszubühnenden Funktionen in der Gesellschaft und für die Gesamtheit voraus. Das Personalitätsprinzip findet heute bereits weitest seinen Ausdruck in der Menschenrechtsbewegung.

„Partnerschaft“ im Sinne des Salzburger Programms ist nicht nur eine Alternative zum Klassenkampf, sondern auch ein gesellschaftliches Strukturprinzip von höchster Bedeutung. Die Gesellschaft setzt sich ja nicht aus isolierten Einzelmenschen und bloßen Individuen zusammen, sondern stellt eine Ganzheit in vielfältiger und charakteristischer Struktur dar. Nur Partner als Teil des Ganzen können Strukturen und Systeme bilden, als die richtige und echte Alternative zur Gesellschaft der Gleichen. Eine bloß relative Gleichheit ist aber für das partnerschaftliche Prinzip und Gesellschaftsmodell unerlässlich und wertet sie auch als Grundbedingung einer kooperierenden Gesellschaft. Das absolute Gleichheitsprinzip läßt nur ein Minimum an individuellen Besonderheiten und Initiativen frei und verflüchtigt leicht zu einer zentralen Lenkung und Kontrolle. Die Gleichschaltung ist eine mögliche Folge!

Die Orientierung und Besinnung auf diese Grundwerte des Salzburger Programms werden die Strukturreform der ÖVP erleichtern und zum gewünschten Ziele führen. In vielen Bereichen haben sich die einzelnen Teil-

organisationen bestens bewährt und die ganz speziellen Interessen ihres Standes und ihrer Mitglieder in mühseliger Kleinarbeit erfolgreich vertreten können. Befreundete oder nahe-stehende Verbände sind doch schon jahrzehntelang mit ihren speziellen Interessen in überparteilichen Arbeitsgemeinschaften und Kuratorien ausreichend vertreten und effizient mittätig, wie auch immer die jeweilige Regierung zusammengesetzt gewesen ist. Keine Parteilzentrale wird da mit geeigneten Experten aufwarten können, die noch dazu als konsultante Verhandlungspartner den Vertretern aus anderen Lagern angeboten werden dürfen. Der Aufwand der zentralen Parteiorganisationen wird von diesen Verbänden und ihren ehrenamtlich tätigen Funktionären auch in keiner Weise belastet, eher entlastet. Die Demokratie ist manchmal schon weiter fortgeschritten, als in den höchsten Parteigremien bekannt ist. Viele Aufgaben und Anliegen in örtlichen und oft schwierigen fachlichen Bereichen werden auch niemals von Zentralstellen mit noch so hohem Organisationsgrad und Verwaltungsapparat billig, rasch und zufriedenstellend zu erledigen sein. Die wechselseitige und ständige Information ermöglicht erst das Verständnis für die Probleme, der persönliche Kontakt erwirkt auch erst das notwendige Vertrauensverhältnis in allen Nöten.

Die einsetzende „Strukturreform“ hat wohl vornehmlich die Arbeit in den Teilorganisationen für die ehrenamtlichen und sehr eifrigen Mitarbeiter zu fördern und zu erleichtern. Moderne Themen müssen rechtzeitig aufgegriffen werden und einen organisatori-

(Fortsetzung auf Seite 2)

20. Juli 1944 in Wien Unternehmen Walküre

Der organisierte Widerstand innerhalb der Wehrmacht in der NS-Zeit hat nach den genialen Plänen des Obersten **Claus Schenk Graf von Stauffenberg** die schlagartige Entmachtung des NS-Regimes im ganzen noch verbliebenen deutschen Herrschaftsbereich beabsichtigt, um den bereits als verloren erkannten Krieg zumindest gegen die Westmächte zu beenden und weiteres Blutvergießen und Zerstörungen zu vermeiden. Viele der verschworenen Offiziere haben das Hitlerregime abgelehnt, mit Abscheu

Hitlers eigenem Alarmplan „Walküre“ für den Fall innerer Unruhen ist das Unternehmen nach dem Attentat durch einen „Befehl von oben“ ausgelöst worden: Ausnahmezustand, Oberbefehl an Generalfeldmarschall von Witzleben, Vollzugsgewalt an die Wehrkreisbefehlshaber, Verhaftung aller höheren Partei-, Polizei- und SS-Führer, Eingliederung der Waffen-SS in die Wehrmacht und Besetzung der Konzentrationslager.

Durch das Mißgelingen des Attentates auf Hitler aus reinem Zufall und we-

Die Schlüsselfigur des Unternehmens „Walküre“ in Wien ist **Hauptmann Carl Szokoll** im Wehrkreiskommando XVII, im ehemaligen österreichischen Kriegeministerium Wien I, Stubenring 1, gewesen, der als Verbindungsmann zu Oberst **Rudolf Graf von Margona-Redwitz**, dem Chef der Abwehrstelle Südost und Haupt der deutschen Offiziersverschwörung in Wien, und zum Österreicher Oberleutnant i. G. **Robert Bernardis**, beim Oberkommando des Heeres (OKH) in Berlin, fungiert hat und in den gesamten Putschplan der Offiziere auch eingeweiht gewesen ist.

Das Fehlschlagen des Staatsstreiches am 20. Juli 1944 hat der militärischen Widerstandsbewegung österreichischer Patrioten wertvolle Lehren gebracht. Major **Carl Szokoll** mit seinem Stab hat später enge Kontakte zu militanten zivilen Widerstandsgruppen herstellen können und einen genauen Aktionsplan zur Rettung und möglichst kampflösen Übergabe Wiens an die Alliierten entwickelt. Das Unternehmen „Radetzky“ ist im April 1945 auch teilweise erfolgreich abgelaufen, hat zumindest der „Festung Wien“ und seiner Bevölkerung zuletzt noch viele Opfer erspart und einen unübersehbaren Beitrag Österreichs zu seiner Befreiung geleistet.

(Fortsetzung von Seite 1)

schen Rückhalt in der ÖVP erhalten. Eine Papierflut von Zentralstellen mit reichlichen Schlagworten ohne klaren Sinn zu den aufgeworfenen Themen und an bestimmte Zielgruppen gerichtet, erreicht nie die Wirkung des direkten, persönlichen und mündlichen Kontaktes zwischen den Mandatären, Funktionären einerseits und den Mitgliedern und Nahestehenden andererseits.

Die „Integration“ muß eben von unten nach oben systematisch vervollkommen und intensiv fortgetrieben werden. Eine umfassende Mobilisierung auf allen Ebenen muß erfolgen und alle Mitglieder auch zur Mitarbeit motivieren. Die Funktionäre und Mandatäre in den Gemeinden, Bezirken und Ländern sollen aber auch von dort sein und dort ihre Hauptarbeit leisten. Die politische Arbeit in den oberen Gremien ist langfristig den geschulten, fähigen und willigen Mandatären vorbehalten und der Vorrang der Gesamtpartei mit ihren erklärten Zielvorstellungen muß anerkannt sein. „Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile!“ Die einzelnen Führungskräfte hingegen dürfen sich nicht sakrosankt auf ihr vermeintliches Charisma berufen und stützen, sondern müssen immer wieder neu um das Vertrauen und um die Mithilfe der Mitglieder werben. Es ist vieles nachzuholen, aber noch viel mehr zu verbessern!



die Greuel in den KZ und in den ab 1. September 1939 eroberten Ostgebieten wahrgenommen und sind über die wahnsinnigen Führerbefehle zum Kampf bis zur letzten Patrone und mit der Erklärung von Millionenstädten zur Festung verständlicherweise eingesetzt gewesen.

Das Bombenattentat des Grafen Stauffenberg auf Hitler am 20. Juli 1944 im Führerhauptquartier „Wolfsschanze“ bei Rastenburg in Ostpreußen hat die Revolte eingeleitet. Nach

den des nicht zerstörten Nachrichtennetzes im Führerhauptquartier hat Keitel im Oberkommando der Wehrmacht (OKW) wieder alles rückgängig machen können und die grausame Rache durch die NS-Größen ermöglicht. Im Zuge der ganzen Revolte ist kein einziger Schuß gefallen und führende NS-Größen haben sich wohl unter Gewissenbissen den vorübergehenden neuen Machthabern unterstellt und sind zur weiteren Mitarbeit bereit gewesen.

25. Juli 1934 — Naziputsch und Dollfuß-Mord

Nach dem Wahlsieg der deutschen Nationalsozialisten am 30. Jänner 1933 und der totalen Machtübernahme Hitlers am 24. März 1933, hat das Verbot der österreichischen NSDAP am 19. Juni 1933, durch die Regierung Dollfuß die Vorbereitung des baldigen Umsturzes in Österreich herausgefordert. Ein offener Kampf der zahlenmäßig schwachen Hitleranhänger in Österreich gegen die ausreichend gerüstete Exekutive und das Bundesheer hat keinen Erfolg erwarten lassen und die gleichzeitige Ausschaltung der ganzen österreichischen Bundesregierung als die aussichtsreichste Aktion zur Machtübernahme erscheinen lassen.

Bundeskanzler **Dr. Engelbert Dollfuß** ist der führende Mann in Österreich gewesen und hat auch in breiten Kreisen der Bevölkerung das Österreichbewußtsein und den Willen zur Verteidigung des Vaterlandes Österreich erwecken können. Seine Persönlichkeit, sein Ansehen im Ausland und sein erst begonnenes Reformwerk sind für die Nationalsozialisten ein zu großes Hindernis gewesen, als daß sie nicht erst seinen gewaltsamen Tod für ihren Weg zur Macht herbeiführen hätten müssen. Das mißglückte Dollfuß-Attentat im Parlament am 3. Oktober 1933 ist ein Beweis für diese Annahme.

Am 21. Juli 1979 hat unsere Wiener Kameradschaft am Grabe des ermordeten Kanzlers auf dem Hietzinger Friedhof einen Kranz niedergelegt. Kam. Mag. Dr. Windisch hat mit folgenden Worten den Opfertod des Kanzlers gewürdigt:

„Wir gedenken an diesem Grabe eines der ersten Opfer im Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus. Am 25. Juli 1934, vor nunmehr 45 Jahren, ist Doktor Engelbert Dollfuß durch Pistolenschüsse eines NS-Putschisten verblutet. Während einer Sitzung des Ministerrates erläßt der Bundeskanzler von den Vorbereitungen in der Turnhalle Siebensterngasse zum bewaffneten Überfall auf das Kanderamt und wird eindringlich gewarnt. Er entläßt die Minister, bleibt aber selbst im Hause. Zur üblichen Mittagsabläufe der Wachmannschaft dringt eine Autokolonie mit bewaffneten Putschisten der illegalen SS-Standarte 89, getarnt mit Polizeiformen, in das Regierungsgebäude ein, ein Terrortrupp stürmt das Kanzlerbüro im 1. Stock und Pistolenschüsse treffen Dr. Engelbert Dollfuß. Er bricht tödlich getroffen zusammen, ärztliche Hilfe und geistlicher Beistand werden ihm verweigert. **„Ich wollte ja nur den Frieden!“** sind seine letzten Worte und das Vermächtnis an die Nachwelt gewesen.

Das höchste und letzte Opfer, das man von einem Menschen und Staatsmann für seine Idee und sein Vaterland erwarten kann, das Opfer seines Lebens hat Dollfuß gebracht!

Die **Idee**, die Dollfuß geleitet und seine Reformen bestimmt hat, ist vor allem auf die Herbeiführung der sozialen Gerechtigkeit und des inneren Friedens in einem unabhängigen und freien Vaterland Österreich gerichtet gewesen. Das offensichtliche Versagen liberaler und marxistischer Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle hat ihm deren Überwindung durch eine neue Ordnung auf der Grundlage der päpstlichen Sozialenzykliken 'Rerum novarum' und 'Quadragesimo anno' notwendig erscheinen lassen. Der Klassenkampf der Arbeiterbewegung und seine gewaltauslösenden Kampfmittel gegen die wirtschaftliche und soziale Machtausübung der Unternehmer und ihrer Organisationen sollte durch ein ständisches und partnerschaftliches System sowohl in den einzelnen Betrieben als auch zwischen den erst zu reformierenden Interessensverbänden ersetzt werden. Die Dollfuß-Straße war ein möglicher

Weg zur Entspannung und ein Einsatz für eine Gesellschaftsordnung nach den hohen Werten des christlichen Solidarisismus.

Die immer gefährlicher werdende Bedrohung der Volkswirtschaft und überhaupt Eigenstaatlichkeit Österreichs vom benachbarten Deutschland her, die nicht abwendbaren Forderungen der Schutzmacht Italien unter Mussolini und die politischen Unruhen im Inland, haben die Regierung Dollfuß oft zu unpopulären Maßnahmen und auch zur Härte gezwungen, deren Auswirkungen und Opfer zu vielen Mißverständnissen und Rückschlüssen in der Reform geführt haben. Auch die zeitgeschichtlichen Forschungen suchen noch nach einer Erklärung dafür, um auch den von der linken Seite erhobenen und noch bestehenden Vorwürfen gegen den Ständestaat und seine Idee entgegen zu können. Wenn nicht alle Zusammenhänge und Einflüsse dieser Zeit erforscht und richtig gewürdigt sind, läßt sich kaum ein endgültiges Urteil über Dr. Engelbert Dollfuß und sein Wirken in und für Österreich bilden oder gar fällen!“

Hofrat Dr. Ludwig Mohr — ein Achtziger



Hofrat Dr. Ludwig Mohr, der Obmann des Landesverbandes Niederösterreich der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, feierte am 20. August 1979 die Vollendung seines 80. Lebensjahres. Ein Datum, das uns einen Anlaß bietet, ihm die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen und

Worte des Dankes für seine langjährige Tätigkeit als Funktionär im Interesse der Kameraden zu sagen. Dieser Anlaß gibt uns aber auch die Gelegenheit, das Leben unseres Jubilars ein wenig zu beleuchten.

Am 20. August 1899 in Wien geboren, verbrachte er seine Jugend und Studienzeit in Wien, leistete in der Zeit vom 1. Oktober 1918 bis 28. Februar 1919 Wehrdienst und war nach Absolvierung der rechts- und staatswissenschaftlichen Studien im Sommersemester 1923 beim Bezirksgericht Schwechat als Rechtsanwaltsanwärter tätig. Am 1. Juni 1924 trat er in den Dienst der burgenländischen Landesregierung, die damals ihren Sitz in Sauerbrunn hatte, ein. Er war vorerst bei verschiedenen Abteilungen der Landesregierung und später bei einigen Bezirkshauptmannschaften, so 1925 an der BH Oberpullendorf und 1926 an der BH Jennerdorf tätig. Am 26. und 27. August 1926 unterzog er sich der praktischen Prüfung für die politische Geschäftsführung und wurde am 17. Juni 1927 an der Universität Graz zum Doktor iuris promoviert. Im Dezember 1927 wurde er in die burgenländische Landesregierung berufen
(Fortsetzung auf Seite 4)

(Fortsetzung von Seite 3)

und wurde Sekretär und engster Mitarbeiter der Landeshauptleute SCHREINER und TULLNER.

Im Juni 1927 beendete er das Jungseelenleben mit der Verheiratung. Er fand in Frau Margarete eine Gefährtin, die mit ihm Freude und Leid der zurückliegenden Jahre bis zum heutigen Tag teilt.

Von 1930 bis 1936 war er auf Grund seiner juristischen Kenntnisse und Fähigkeiten als Direktorstellvertreter in der Landwirtschaftskrankenkasse für das Burgenland tätig. Mit 1. Februar 1936 wurde er in den Personalstand der burgenländischen Landesbeamten übernommen und vom damaligen Landeshauptmann Ing. SYLVESTER als Präsidialchef in die burgenländische Landesregierung geholt. Hofrat Mohr war und ist zeitlebens eine starke Persönlichkeit, geprägt von einer hohen Intelligenz und sittlichen Werten. So findet er schon in seinen jungen Jahren als Student und Hochschüler den Weg zu den katholischen Studentenverbindungen und wird Mitglied der K. ö. H. V. Rugla, einer CV-Verbindung in Wien, der er heute noch angehört.

In Österreichs schwerster Zeit finden wir ihn als Kämpfer und Wächter echten Österreichertums. Es war daher selbstverständlich und zu erwarten, daß er in den Märztagen 1938 mit seinem Landeshauptmann als einer der ersten von seiner Funktion als Präsidialvorstand enthoben und von den Nationalsozialisten verhaftet wurde. Vom 11. 3. 1938 bis 24. 5. 1938 wurde er zunächst in Eisenstadt in Gewahrsam gehalten und anschließend in das Konzentrationslager Dachau gebracht, von dem er am 18. 2. 1939 zu Verböden nach Wien in Polizeihaft überstellt wurde. Nach Abschluß der Verböde in Wien kam er am 9. 10. 1939 abermals in ein Konzentrationslager, diesmal nach Buchenwald.

In der Zwischenzeit wurde er auf Grund der Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtenrechts mit 20. September 1938 als Landesbeamter entlassen. Seiner Familie wurde ein Unterhaltsbeitrag bewilligt, der aber mit 31. März 1941 eingestellt wurde. Nach seiner Entlassung aus dem KZ Buchenwald am 12. November 1940 mußte sich Dr. Mohr den Lebensunterhalt für seine Familie und sich in der Privatwirtschaft suchen. Vom 23. 12. 1940 bis 30. 3. 1945 war er als kaufmännischer Angestellter bei der Hoch- und Tiefbauunternehmung Lang und Menhofer in Wr. Neustadt beschäftigt. Seine Aufgabe war die Personalbetreuung, vor allem der Ausländer.

Am 14. 5. 1945 wurde Dr. Mohr vom damaligen Landesamtsdirektor von Niederösterreich, Hofrat Dr. Hans VA-

NURA, zum provisorischen Leiter der BH Wr. Neustadt/Land bestellt und mit 3. 7. 1946 zum definitiven Bezirkshauptmann ernannt. Mit 1. 1. 1947 erfolgte seine Ernennung zum „wirklichen Hofrat der nö. Landesregierung“. Bis zu seiner Pensionierung am 31. 12. 1964 leitete und verwaltete er mit viel Geschick und Erfahrung die umfassenden Belange dieses großen Bezirkes mit einer vielschichtigen Bevölkerungsstruktur. Die Fähigkeit mit Menschen zu verhandeln, ausgehend zu wirken, ist wohl eine jener Eigenschaften, die einen Verwaltungsbeamten, insbesondere einen Bezirkshauptmann, auszeichnen sollen. Er steht zwischen Staat und Bevölkerung, ist also Mittler zwischen starrem Gesetz und pulsierendem Leben. Hofrat Dr. MOHR besaß alle diese Eigenschaften im reichen Maße und hatte sie mit Geschicklichkeit und Takt zum Wohle der Bevölkerung seines Bezirkes und zur vollsten Zufriedenheit seiner Vorgesetzten ausgeübt.

Für seine langjährige und erfolgreiche Tätigkeit als Bezirkshauptmann wurde er im Jahre 1955 mit dem „Großen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich“ ausgezeichnet. Im Jahre 1957 erhielt er als Bezirksstellenleiter des Roten Kreuzes das „goldene Verdienstzeichen des Roten Kreuzes“ und im Jahre 1960 das „Silberne Komturkreuz“ für Verdienste um das Land Niederösterreich. Nach der Wiederaufnahme seiner beruflichen Tätigkeit im Jahre 1946 suchte er als ehemaliger politisch Verfolgter schon frühzeitig Kontakt mit den

Verfolgtenverbänden und wurde Mitglied der ÖVP-Kameradschaft, der er als Funktionär seine juristischen Kenntnisse zur Verfügung stellte. Hofrat MOHR war im Rahmen der ÖVP-Kameradschaft vor allem ein Anwalt der Anliegen der öffentlich Bediensteten. Er war maßgeblich am Entstehen des „Beamtenentschädigungsgesetzes“ beteiligt und war der Verfasser einer Reihe von Gesetzesentwürfen und Forderungen, die zum großen Teile realisiert wurden. Als ehemaliger Häftling zweier Konzentrationslager und politisch Gemäßigter kannte er die politischen, menschlichen und rechtlichen Probleme der politisch Verfolgten aus eigenem Erleben und war im Rahmen der Kameradschaft immer der berufene Sprecher für ihre Anliegen bis zum heutigen Tage.

Nach dem Tod des Landesobmannes Abg. vom NR Dr. Josef RUPP und seines Stellvertreters Fritz HINTERDORFER im Jahre 1962 wurde Hofrat MOHR einstimmig zum Obmann des Landesverbandes Niederösterreich der ÖVP-Kameradschaft gewählt, dessen Mitglied er schon Jahre vorher war. Als Landesobmann ist er bis zum heutigen Tage unermüdet tätig. Die ÖVP-Kameradschaft hat Hofrat Dr. MOHR in Anbetracht seiner großen Verdienste, vor allem um die der politisch Verfolgten und Naziopter, im Jahre 1969 den Ehrenring verliehen. Unter dem Bundesobmann Abg. Hans LEINKAUF, dessen Stellvertreter er seit 10. 6. 1965 bis zu dessen Tod am 5. 12. 1974 war, erhielt er im Jahre 1974 den Ehrenwinkel der Kameradschaft.

Deutsche Auszeichnung für den Bundesobmann

Der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland Walter Scheel hat fünf österreichischen Persönlichkeiten — darunter auch Reg.-Rat Franz Pernauer, Bundesobmann der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten — das

Verdienstkreuz I. Klasse

verliehen, weil „sie sich dafür eingesetzt haben, daß das Bild Deutschlands heute auch von jenen Opfern

des Nationalsozialismus aufgeschlossener und objektiver gesehen werden kann, denen das bisher wegen des überwältigenden Maßes ihres Leidens nicht möglich war.“

Die Übereichnung an unseren Bundesobmann fand am Montag, dem 23. Juli 1979, in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, in Wien, durch den Botschafter Max Graf Podewils statt.

NS-Verbrechen an Kindern und Jugendlichen

Zur Untermauerung der rassistischen Übermenschen, hatte sich die Führung der NSDAP die Erhöhung der Bevölkerungszahl auf 100 Millionen zum Ziele gesetzt. Nach Himmler war daher die Grundlage für den neuen Staat und die Wiedergeburt der Nation eine gesunde, kinderreiche Familie. So ist auch der Appell zu Beginn des 2. Weltkrieges

an alle SS- und Polizeigehörige zu verstehen: „Zeugt Kinder, damit der Blutverlust nicht die deutsche Nation erschüttert!“ Nach Walter deutscher These ist der Osten Europas der natürliche Lebensraum für die germanische Rasse! (Daher weg mit den Polen! etc.)

Die Genfer Deklaration von 1923 besagte unter anderem: „In der Zeit von

Niederlagen und Unglück ist vor allem Kindern zu Hilfe zu eilen! Das Dritte Reich hatte vor dieser Deklaration keinen Respekt, da im Sinne seiner Ideologie Kinder jüdischer Abstammung, Zigeuner und slawische Nationen als minderwertige Rassen kein Recht auf Familie sowie Entwicklung, mit einem Wort **kein Recht auf Leben** im Sinne internationalen Rechtes hatten.

Kinder und Minderjährige unterlagen daher in den von Hitler besetzten Gebieten den gleichen Ausrottungsmethoden wie die Erwachsenen. Exterminationen und Morde an Kindern und Jugendlichen waren daher in den okkupierten Gebieten an der Tagesordnung und massenhaft. Es erfolgte aber gleichzeitig eine pedantische Spurenerforschung dieses Geschehens. Die bequemsten und sichersten Orte dafür waren die KZ und Vernichtungslager. Sie waren ja für solche Morde technisch ausgerüstet und dazu noch von der Umwelt isoliert.

Nach durchgeführten Untersuchungen (veröffentlicht im „Braun-Buch“, Berlin 1966), fanden in den KZ und Vernichtungslagern 11 Millionen Menschen den Tod. Wie viele Kinder und Jugendliche in dieser Zahl erfaßt sind, läßt sich derzeit noch nicht genau feststellen. Im KZ Buchenwald wurden bei der Befreiung rund 1000 Kinder unter 14 Jahren festgestellt. Etwa 100 Kinderleichen wurden im KZ Nordhausen gefunden. Rund 500 Kinder überlebten das KZ Bergen-Belsen. Bekannt ist auch, daß im KZ Neungamme vom 18. bis 19. 4. 1945 polnische Kinder unter 12 Jahren am Galgen gehängt wurden.

KZ Auschwitz-Birkenau

Wie viele Kinder in diesem Lager angekommen sind, weiß man nicht. Mit Transporten von Juden aus ganz Europa wurden Kinder und Jugendliche nach Auschwitz gebracht und zum Großteil vergast. Zeitweilig haben sich in Birkenau 500 bis 1000 selektierte Jugendliche befunden. Für die **Experimente von Dr. Mengele** stand eine besondere Gruppe von über 300 zur Verfügung. Bei der Befreiung durch die sowjetische Armee waren es noch 70! Ursprünglich wurden alle Neugeborenen getötet. Ab 1944 hatten sie eine Überlebenschance, wenn sie Lebensbedingungen im Lager überstanden. Während der Selektion wählten die SS-Ärzte für die Experimente sowohl jüdische wie auch Kinder anderer Nationen aus.

Als im März 1944 das Zigeuneriager (ein Familienlager) liquidiert wurde, brachte man die Kinder mit den Erwachsenen um. Seit Oktober 1944 befanden sich (nach dem Warschauer Aufstand) 370 Mädchen unter den primitivsten Bedingungen in Birkenau, alle unter 14 Jahren. Im befreiten La-

ger selbst wurden aber nur 180 verhungerte Kinder vorgefunden.

KZ Majdanek

Es sind keine genauen Zahlen über Kinder und Jugendliche in diesem Lager bekannt. Im Frühjahr 1942 kamen mit den Transporten Jugendliche aus Polen, Tschechoslowakei und Österreich ins Lager. Im sogenannten „**Totenbuch von Majdanek**“ — es enthält über 7000 Namen von Juden — findet man einige Dutzend Namen von Jungen im Alter von 14 bis 17 Jahren. Polnische Jugendliche in diesem Alter wurden im Jahre 1943 aus polnischen Gefängnissen ins Lager eingeliefert (Schüler der illegalen Mittelschulen). Sie wurden wie Erwachsene behandelt und mußten auch so arbeiten. Der Großteil, soweit er nicht durch Fleckfieber umgekommen war, wurde vergast.

Die mit den Transporten 1943 kommenden Kinder wurden in das Lager für Kinder bei Lodz und nach Auschwitz-Birkenau weiterbefördert. In den Transporten im Juni 1943, welche aus Zamosc kamen, befanden sich alte Menschen und Kinder. Kinder wurden von den Müttern mit Gewalt getrennt und aus dem Lager entfernt. Das Lager war überbevölkert, was katastrophale Umstände ergab. Daher wurden im Juli und August 2167 Frauen und Kinder aus den Kreisen Bilgoraj, Hrubieszow, Tomaszow und Zamosc aus dem Lager entlassen. Von den entlassenen Kindern starben 120 im Krankenhaus. 1943, im April und Mai, kamen zahlreiche Transporte aus dem Warschauer Ghetto, zum überwiegenden Teil Frauen und Kinder. Nach der Selektion folgte die **Vergasung**.

Die **Kolonialisierungspolitik Hitlers** bedeutete Ausweisung und für die Ausgesiedelten **biologische Vernichtung**. Die dabei angewandten Aussiedlungsbedingungen begünstigten eine maximale Ausrottung der Kinder. So wurde beispielsweise der Aussiedlungspfad für den Distrikt Lublin vom Chef der deutschen Polizei SS-Gruppenführer Globocnik bearbeitet. Nach Entfernung der Polen aus diesem Gebiet sollte es mit deutscher Bevölkerung aus der Sowjetunion, aus Rumänien, Jugoslawien und aus dem Baltikum besiedelt werden. So wurden 7 Dörfer rings um Zamosc im November 1941 ausgesiedelt. Die Polen kamen in den Kreis Hrubieszow. Die Hauptaktion selbst begann im November 1942 und wurde März 1943 beendet. Sie betraf 116 Dörfer der Kreise Hrubieszow, Tomaszow und Zamosc. In den Übergangslagern Zamosc und Zwierzyniec wurden die Kinder von ihren Müttern getrennt, an den Kindern Rassenforschung durchgeführt, zum Zwecke einer eventuellen Germanisierung.

In den Durchgangslagern in Zamosc befanden sich durchschnittlich 1000 Kinder, welche durch Hunger und Epidemien stark dezimiert wurden. Noch schlimmer erging es den polnischen Kindern im Durchgangslager Zwierzyniec. Nach der Trennung verblieben diese Kinder ohne jede Fürsorge. Bei Fluchtversuchen schossen die Lagerwachen auf diese Kinder. Es gab weder Ärzte noch ein Krankenhaus. Hunger und ansteckende Krankheiten holten sich ihre Opfer. In den Durchgangslagern dauerte der Aufenthalt der Kinder 2 bis 6 Wochen. Nach einer Auslese (für die Germanisierung) wurden sie in die sogenannten „**Rein-**

(Fortsetzung auf Seite 6)



(Fortsetzung von Seite 5)

dörfer für Kinder bis zu 14 Jahren gebracht. Der Transport erfolgte in Güterwaggons, ohne Essen und ohne entsprechende Kleidung. Viele Kinder kamen durch Hunger und Kälte um. Andere Transporte wurden in die Orte bei Warschau geleitet, denen spontane Fürsorgekreise innerhalb der polnischen Bevölkerung ein wenig helfen konnten. Ein schlimmeres Los traf die Kinder, welche mit ihren Eltern nach Auschwitz gebracht wurden. Die Kinder wurden hier im März 1943 in Gruppen von 40 und 81 durch Phenolinjektionen getötet.

Im Juni 1943 begannen neuerdings Aussiedlungsaktionen unter dem Motto **„Bekämpfung sogenannter Banden bzw. Partisanen“**. Die Aktion **„Wehrwolf I“** betraf 171 Dörfer in den Kreisen Białystok, Hrubieszow, Tomaszow und Zamosc und dauerte bis August 1943. Ein besonderes Merkmal dieser Aktion war das **„Totschlagen der Bevölkerung“**, die Ermordung von Frauen und Kindern. Hier wurden die meisten Mütter mit ihren Kindern in das KZ Majdanek gebracht, wo eine Selektion für die Zwangsarbeit im Reich stattfand. Der berüchtigte Lagerführer Thuman ließ die kleinen Kinder alle vergasen. Außer der beim KZ Majdanek erwähnten Entlassung im Jahre 1943 von 2167 Frauen und Kindern, von denen 594 sogleich in das Lubliner Krankenhaus eingeliefert werden mußten und von denen alle 120 Kinder starben, wurden im Juli und August, genau vom 7. bis zum 25. 8. 1943, 4454 Kinder im Alter von 2 bis 14 Jahren ins Reich deportiert, über deren weiteres Schicksal bis heute nichts bekannt geworden ist. Aus der Umgebung von Zamosc wurden rund 30.000 Kinder ausgesiedelt, von denen rund 10.000 eines natürlichen oder gewaltsamen Todes starben. Die sogenannten Vergeltungsaktionen gegen Partisanen und Widerständler machten auch vor Kindern nicht halt. Einige Daten aus solchen Aktionen:

26. 8. 1943: Ort Jasnow, Woj. Białystok — 56 Personen, darunter 22 Kinder im Alter von 1—15 Jahren erschossen.

8. 3. 1944: Dorf Jablon — 95 Personen erschossen und zum Teil lebendig verbrannt, darunter 30 Kinder im Alter von 1—14 Jahren.

11. 5. 1944: Dorf Skalka Polska, Woj. Kielce — 87 Personen erschossen, darunter 31 Kinder im Alter von 2—14 Jahren.

15. 3. 1944: Dorf Sobien, Woj. Lodz — 28 Personen lebendig verbrannt, darunter 16 Kinder im Alter von 1—13 Jahren.

Mordaktionen an Kindern mit angeborenen Mängeln und Unterentwicklung wurden bis zum Kriegsende durchgeführt. Im Zuge der Aktion **„LH1 13“** —

Euthanasie wurde mit Injektionen von Phenol und Nahrungsgewinn getötet. In der „Medizinischen Kinderheilanstalt“ in Lubliniec gab man den Kindern Barbitursäurepräparate in Dosen von 0,1 bis 0,6 g, ohne Rücksicht auf das Alter. Als Todesursache wurden Lungenentzündung und andere Krankheiten angegeben. Diese Mordaktionen führte das „Komitee zur wissenschaftlichen Bearbeitung konsensuell bedingter Erbkrankheiten“.

Das Ausrottungsprogramm durch **„Unterdrückung von Geburten“** wurde von Himmler persönlich geleitet. Es umfaßte Experimente zur Sterilisation und Kastration mit Hilfe verschiedener Eingriffe, darunter Röntgenbestrahlungen (siehe Experimente von Glaubig in Auschwitz). Es handelte sich hier um sogenannte „Lähmungsmethoden der biologischen Dynamik“. Sie wurden ohne Wissen der Opfer durchgeführt und waren strengstes Staatsgeheimnis. Hitler selbst beabsichtigte die Anwendung systematischer Methoden zur Geburtenunterdrückung. Für „Caladium sognom“, eine in den USA wachsende Pflanze, interessierte sich wiederum Himmler. Sie besitzt die Eigenschaft der Vernichtung der Fruchtbarkeit. Er ließ diese Pflanze in Treibhäusern züchten, um eventuell eine synthetische Produktion durchführen zu können. Für diesbezügliche Experimente waren die KZ vorgesehen. Durch die Sterilisation der Rassen sollte eben die Arbeitskraft gewahrt werden, welche man maximal ausnützen konnte.

Aber auch die Kinder der anderen besetzten Gebiete mußten daran glauben. Mit dem Raub solcher Kinder befaßte sich die **Organisation „Lebensborn“**. Die ganze Aktion wurde geheimgehalten auf Grund des Schreibens vom 25. 9. 1939, welches an alle interessierten Behörden über die spezielle Behandlung rassenmäßig wertvoller Kinder versandt worden war. Im Gaudinderheim in Kalisz wurden die Kinder nach biologischen, psychologischen und rassenmäßigen Gesichtspunkten ausgesucht. In Kalisz wurden bei den Kindern im Alter von 4 bis 12 Jahren die Namen und Vornamen sowie die Namen der Eltern gelindert. Dies sollte ein Auffinden durch die Eltern erschweren, zumal auf polnischem Gebiet, Kalisz liegt ja in Polen, ein Kinderaub systematisch durchgeführt wurde. Alle 6 Wochen erfolgte ein Transport ins Reich. Hier sollte eine polnische Persönlichkeit vernichtet und dafür eine neue deutsche geschaffen werden. Es war bisher nicht möglich, festzustellen, wie viele Kinder auf diese Weise zur Germanisierung nach Deutschland transportiert worden sind.

Nach der Arbeit von Halina AN-

DERSKA sind infolge Kriegseinwirkung und NS-Terror rund 1.800.000 polnische Kinder unter 16 Jahren von 1939 bis 1945 ums Leben gekommen. Rund 200.000 sind zwecks Germanisierung ins Reich verschleppt worden, davon sind etwa 20% wieder zurückgeführt. Dazu sind noch rund 400.000 zwischen 16 und 18 Jahren hinzu zu rechnen, so daß rund 2.200.000 Kinder und Jugendliche umgekommen sind. Die diesbezüglichen Untersuchungen konnten bis heute noch nicht abgeschlossen werden.

Bravo Dr. Mock!

Auf dem a. o. Bundesparteitag der ÖVP am 7. Juli 1979 in Wien sagte der neugewählte Bundesparteiobmann Dr. Alois MOCK: „Das Motiv der Gesamtpartei muß sein, daß die ÖVP im Weltstreit der Ideen für Österreich seine Menschen nicht die „Zweite“ ist, und denen nachzueifern, die am Beginn der Zweiten Republik die „ersten“ waren.“

Wir gratulieren dem neuen Bundesparteiobmann zu diesem offenen Bekenntnis. Das waren Worte, die die politisch Verlorenen zutiefst befriedigen. Ohne einen FIGL, HURDES, GORBACH, WEINBERGER und viele andere Idealisten hätte es keine ÖVP gegeben, gäbe es kein demokratisches Österreich. Sie alle sind als gute Österreicher verfolgt worden und sind als noch bessere Österreicher nach 1945 in die Politik eingestiegen. Diesen Männern nachzueifern muß allen Funktionären, vor allem der jungen Generation in der ÖVP Sinn und Aufgabe ihrer Parteiarbeit sein. Diese Arbeit muß auf möglichst breiter Basis in der ÖVP unverzüglich beginnen!

Dr. Jakob Kastelic 1897 bis 1944

Am 2. August 1944, vor 35 Jahren, ist Dr. Jakob KASTELIC im Wiener Landesgericht hingerichtet worden. Er ist laut Urteil des Volksgerichtshofes vom 1. 3. 1944 der führende Kopf der „Großösterreichischen Freiheitsbewegung“ gewesen, die auf den Sturz der NS-Regierung und auf die Lostrennung des Alpen- und Donaugaus vom Großdeutschen Reich hingearbeitet und Zersetzung der Wehrkraft betrieben hat.

Viele unserer Kameraden haben Dr. Jakob KASTELIC bei Lebzeiten kennen und schätzen gelernt. Als Mitglied der christlich-sozialen Partei, als Mitgründer der Lueger-Jungfront und der Sturmcharakter, als Obmann der Katholischen Aktion in der Pfarre Wien-Reiniggasse und als Präsident des Sportklubs „Arminia“ haben wir ihn schon vor dem 13. März 1938 als Ka-

(Fortsetzung auf Seite 10)

**In Geldfragen
gibt es
eine sichere
Antwort.**



**natürlich
LÄNDERBANK**

Totentafel

ACKERMANN Wilhelm, Salzburg
gest. 13. 3. 1938
ANDREE Georg, Wien
gest. 27. 2. 1942 KZ Groß-Rosen
ANGER Franz, Wien
gest. 23. 8. 1938 KZ Dachau
ANREITER Josef, Linz
gest. April 1945 Standgericht
BARTH Dr. Walter, Wien
gest. 5. 4. 1945
SAUMANN Dr. Armin, Wien
gest. 12. 4. 1945 KZ Mauthausen
BECHNIS-LAZAN Ludwig, Salzburg
gest. 13. 3. 1938
BENTZ Dr. Viktor, Linz, Polizei
gest. März 1938
BEREITER Othmar, Anstalt Garsten
gest. 16. 3. 1938
BERGER Josef, Wien, Polizei
gest. 25. 6. 1943
BERGNER Viktor, Wien, Polizei
gest. 30. 8. 1944 KZ Dachau
BERNARDIS Robert, Oberstf. i. G.
gest. 8. 9. 1944 Berlin
BERNEGGER Dr. Ludwig, Linz
gest. 13. 3. 1938
BERNTHALER Franz, Kärnten
gest. 15. 4. 1945
BIACK Dr. Karl, Salzburg
gest. 13. 3. 1938
BICHLBAUER Hermann, Weis
Oktober 1944 tot erklärt
BIEDERMANN Karl, Wien, Major
gest. 8. 4. 1945 Wien-Floridsdorf
BÖHM Josef, St. Pölten-Land
gest. April 1945
BOKOR Julia, Wien
verschollen 1941 in Polen
BOSSÉ Dr. Karl, Wien
verschollen im Gef. Lager
BRAUN Dr. Erwin, Wien, Pol.-Kor
gest. 1938—1945
BURIS Rudolf, Wien
gest. 21. 11. 1944
BURGSTALLER Dr. Bernhard, Abt
gest. 31. 10. 1941 Anstalt
BURIAN Karl, Wien, Hauptmann
gest. 13. 3. 1944
CALDONAZZI Dipl.-Ing. Walter
gest. 9. 1. 1945
CHORTULANSKY Ladislaus, Wien
gest. April 1945 Stein
CZUBA Maria, Reichenau
gest. 25. 4. 1945
DAHMEN Otto von, Wien
gest. 19. 9. 1941 KZ Dachau
DANIHELKA Franz, Wien
gest. 17. 9. 1942 KZ Dachau
DANNINGER Franz, Wien, Polizei
gest. 1938—1945
DEUTSCH Emil, Wien
gest. 1943 KZ Auschwitz
DEUTSCH Franz, Wien, ÖCV
gest. 1938—1945
DRUCKER Hugo, Wien
gest. 14. 10. 1941 KZ Mauthausen
DUCKSTEIN Josef, Wien
gest. 10. 2. 1940 KZ Mauthausen
DURRAUER Josef, St. Pölten
gest. April 1945
ECKER Alois, Wien
gest. 18. 2. 1944 an Haftfolgen
EGGL Johanna, Reichenau
gest. 20. 4. 1945
EIDLITZ Dr. Franz, Wien
gest. 19. 5. 1941 KZ Dachau
FÄRBER Richard, Oberleutnant
gest. 7. 11. 1942 Köln
FAUX Fella, St. Pölten, Polizei
gest. April 1945

FELDMANN Josef, Linz, Polizei
gest. März 1938
FISCHER Anna, Reichenau
gest. 25. 4. 1945
FISCHER LEDENICE Dktn. Gerh., Wien
gest. 5. 6. 1944
FLANDRER Dr. Ottokar, Wien
gest. 24. 4. 1945 KZ Bergen-Belsen
FLEISCHER Alois, Wien
gest. 1942 in Minsk
FRASL Richard, St. Pölten, Pfarrer
gest. 17. 4. 1945 KZ Dachau
FREUND Julius, Wien
gest. 1942 in Haft, Ort unbekannt
FRIEDJUNG Dr. med., Emil, Wien
gest. 1938—1945
FRINDT Anna Maria, Reichenau
gest. 25. 4. 1945
GANGL Sepp, Major
gest. 5. 5. 1945 Schloß Itter/Wörgl
GEIGER Bruno, Wien
gest. 12. 11. 1939 KZ Buchenwald
GELLES Anton, Wien
11. 11. 1939
GERERSDORFER Dktn. Max, Wien
gest. 6. 4. 1945 Schwechat
GRÄBER Johann, Salzburg-Parasch
gest. 18. 2. 1944 München
GRANIG Dr. Anton, Pfarrer
gest. 15. 4. 1945
GREDLER-ÖXENBAUER Richard, Wien
gest. 6. 7. 1948 an Haftfolgen
GERSTENBERGER Josef, Wien
gest. 20. 9. 1942 an Haftfolgen
GRIMM Alois, Stams, Pater S. J.
gest. 11. 9. 1944
GROGER Karl, Wien, Wehrmacht
gest. 1943 in Holland
GROHMANN Dr. Kuno, Wien
gest. 20. 5. 1940 Selbstmord
GRÖLL Franz, Wien
gest. 15. 11. 1944 KZ Flossenbürg
GRÖNNER Friedrich, Wien
gest. Oktober 1944 KZ Auschwitz
GROSSMANN Dr. med. Johann, Wien
gest. 1938—1945 (Polizei)
GRUBER Johann, Wien, ÖCV
gest. 1938—1945
GRUNBAUM Fritz, Wien
gest. 20. 4. 1940 KZ Buchenwald
GUBITZER Adolf, Wien, Burgtheater
gest. 11. 6. 1942
HAAS Lothar, Wien
gest. 14. 2. 1940 KZ Dachau
HABEL Ferdinand, Wien, ÖCV
gest. in Haft nach 8. 10. 1938
HABEL Werner, Wien, ÖCV
gest. 1938—1945
HADITNEK Maria, Reichenau
gest. 26. 4. 1945
HAMBERGER Eduard, Wilhering, Pater
gest. 5. 4. 1945 Linz, an Haftfolgen
HAMBER Philipp, Wien
gest. KZ Buchenwald
HASELSBERGER Sebastian, Pfarrer
gest. 4. 4. 1944 KZ Mauthausen
HEBRA Wilhelm von, Wien
gest. 18. 2. 1944
HECHT Dr. Robert, Wien
gest. 28. 5. 1938 KZ Dachau
HECKENAST Franz, Wien, Oberstlt
gest. 15. 12. 1939 KZ Buchenwald
HEIDMEYER Josef, St. Pölten
gest. April 1945
HEINDL Leopold, Wien, Polizei
gest. 25. 6. 1943
HEINRICH Andreas, Gols
gest. 18. 2. 1944 München
HEINTSCHEL-HEINEGG Hanna Georg
gest. 5. 12. 1944

HERRGÖTH Karl, Wien
gest. 9. 9. 1944 Belgrad
HERZOG Dr. Paul, Wien
gest. Oktober 1942 KZ Auschwitz
HERZOG Viktor, Wien
gest. 11. 8. 1942/LG Wien
HIEBLINGER Otto, Wien
gest. 2. 4. 1945 vor Mauthausen
HIESS Karl, Wien
gest. 12. 1. 1940 KZ Mauthausen
HIRSCHLER Paul, Wien
gest. 22. 3. 1945
HOCHLEITNER Alois, Goldegg
gest. 2. 7. 1944
HOCHLEITNER Simon, Goldegg
gest. 2. 7. 1944
HOCK Heinrich, Wien, Ravag
gest. 5. 3. 1943 Köln
HOF Leopold, Wien
gest. 18. 2. 1944 München
HOFER Andreas, Wien, Polizei
gest. 15. 4. 1945
HOFFMANN Sigmund, Wien
gest. Ende 1944 KZ Theresienstadt
HOFMANN Wenzel, Reichenau
gest. 5. 4. 1945
HOFMEISTER Rudolf, Wien
gest. 18. 1. 1939 KZ Buchenwald
HOLLITSCHER Dr. Hans, Wien, ÖCV
gest. 15. 12. 1944
HORAK Anton, Wien
gest. 13. 4. 1945 an Haftfolgen
HOREJSCHY Dr. Kurt, Wien
gest. 8. 4. 1945 im Institut
HOPFL Pauline, Wien
gest. 12. 4. 1945
HOPMAYER Adolf, Innsbruck, ÖCV
gest. 1938—1945
HUBNER-MARTON Alexander, Wien
gest. 18. 5. 1942 LG Wien
HUTH Alfred, Wien, Hauptmann
gest. 8. 4. 1945 Wien-Floridsdorf
JÄGERSTÄTTER Franz, Measner
gest. 9. 8. 1943 Kriegsgericht
JESCHKE Josef, Wien
gest. Juni 1940 KZ Oranienburg
KAPKA Helene Resthuta, Mödling
gest. 30. 3. 1943
KARASEK Maria Agnes, Reichenau
gest. 25. 4. 1945
KARGS Anna, Wien
gest. Februar 1945 an Haftfolgen
KASTELJ Dr. Jakob, Wien
gest. 11. 8. 1944
KELNER Anton, Wien
gest. 1. 7. 1943
KEMPTNER Otto, Wien, ÖCV
gest. 1938—1945
KERNER Karl, Wien, Polizei
gest. 1938—1945
KIRCHL Helene, St. Pölten
gest. 13. 4. 1945
KIRCHL Dr. Otto, St. Pölten
gest. 13. 4. 1945
KLAPPER Johann, St. Pölten
gest. April 1945
KLEIN Hermann, Wien
gest. 9. 4. 1945
KLEPELL-Ing. Hermann, Wien
gest. 22. 3. 1945
KLIMETSCH Max, Salzburg, Polizei
gest. 12. 3. 1939
KODRE Franz, Anstalt Stein
gest. 6. 4. 1945
KOPFER Georg, Kärnten, Gend.-I.
gest. 15. 4. 1940 Stein

1938—1945

KOMINIK Dr. Emil, Wien, Hofrat
gest. 1938—1945 (Polizei)

KOPEREK Dr. Anton, Pfarrer, Gurk
gest. Nov. 1942 im KZ Dachau

KRAJNZ Dr. Walter, Wehrmacht
gest. 29. 7. 1944 Avignon

KRCZMAR Karl, Wien, ÖCV
gest. 1938—1945

KRÖGLER Friedrich, Angestellter
gest. 14. 6. 1938 KZ Dachau

KUMPEL Karl, Wien
gest. 22. 3. 1945 in Wien

KÜSCHLER Lorenz, Wien, Polizei
gest. 1938—1945

KUTEJ Anton, Kaplan, Gurk
gest. 16. 2. 1941 KZ Dachau

KWIS Johann, Stranatalast Stein
gest. 6. 4. 1945

LAAB Karl, Wien
gest. 27. 4. 1943 an Haftfolgen

LAHSKY Heinrich, Anstalt Stein
gest. 6. 4. 1945

LAMPERT Magr. Dr. Karl, Innsbr.
gest. 13. 11. 1944 KZ Halle

LANG Johann, Anstalt Stein
gest. 6. 4. 1945

LEDERER Dr. Karl, Wien
gest. 10. 5. 1944

LEEB Marcel, Pfarrer i. R., Gurk
Hinrichtung im KZ Mauthausen

LEINWATHER Dr. Josef, Wien
gest. 24. 3. 1940 KZ Mauthausen

LEXER Georg, Kärnten, Gend.-Insp.
gest. 3. 8. 1941 KZ Buchenwald

LOCH Günther, Wien
gest. 21. 6. 1944

LOBERT Franz, Wien
gest. 21. 12. 1939 Innsbruck

LOWY Julius, Wien
gest. 3. 8. 1939

MAYER Dr. Heinrich, Wien, Kaplan
gest. 22. 3. 1945 LG Wien

MAJR Dr. Franz, Innsbruck
gest. 3. 5. 1945

MANDL Josef, Wien, Polizei
gest. 1938—1945

MAYER Franz, Salzburg, Pol. Jurist
gest. 13. 3. 1938

MAYER Louise Maria, Schriftst.
gest. 1944 KZ Auschwitz

MAYER-GUTENAU Dr. Wotfg., Graz
gest. 21. 10. 1941

MEIER Johann, Wien
gest. 2. 6. 1942 Regensburg

MEITHNER Dr. Karl, Wien, Prof.
gest. 13. 12. 1942 im Gefängnis

MESSENBOCK Dr. Hubert, Wien
gest. 20. 6. 1946 an Haftfolgen

MESSNER Dr. Franz, Josef, Wien
gest. 23. 4. 1945 KZ Mauthausen

MESSNER Gabriel, Wien
gest. 26. 6. 1938 KZ Auschwitz

MIEGL Dipl.-Ing. Alfred, Wien
gest. 10. 5. 1944

MIREK Alfred, Wien
gest. 11. 12. 1942 KZ Dachau

MITKROIS Alfred, Hauptmann
gestorben Herbst 1941 KZ Dachau

MOOSLECHNER Ludwig, Innsbr., ÖCV
gest. 1938—1945

MOLTKAU, Wien
gest. 15. 4. 1945

NEURURER Otto, Stams, Pfarrer
gest. 30. 5. 1940 KZ Buchenwald

NEWALD Johann, Wien, Pol.-Oberlt
gest. 1938—1945

NOVACEK Ludwig
gest. 27. 4. 1945 Kemater Alm

ORISCHNIG Valentin, Kärnten
gest. 23. 4. 1940 KZ Oranienburg

ÖRTNER Ernst
gest. 22. 3. 1945 Wien

RIELLER Wilhelm Kapistran, Graz
gest. 1938—1945 (Geistlicher)

PLEININGER Dr. Josef, Wien
gest. 1938—1945 (Polizei)

POLISCHTSCHUK Roman, Wien
gest. 30. 5. 1947 an Haftfolgen

POLLAK Josef, Pfarrer, Gurk
gest. 25. 7. 1940 KZ Oranienburg

POLLAK Richard, Wien
gest. 1944 KZ Auschwitz

PONTILLER Josef, Benediktiner
gest. 1938—1945

PRIMOSCH Wenzel, Wien
gest. 22. 3. 1945 in Wien

PROBST Christoph, Student
gest. 22. 3. 1945 München

PROCHASKA Albert, Wien
gest. 19. 6. 1940 an Haftfolgen

PÜHRINGER Heinrich, Innsbr., ÖCV
gest. 1938—1945

PUTZ Hermann, Wien
gest. 13. 4. 1945

RADER Max, Linz, Wehrmacht
gest. 4. 5. 1945

RASCH Viktor Clemens, Wien
gest. 7. 9. 1942 KZ Auschwitz

RASCHKE Rudolf, Wien, Oberlt
gest. 8. 4. 1945 Wien-Floridsdorf

REIFBOCK Johann, Reichenau
gest. 26. 4. 1945

REIFBOCK Maria, Reichenau
gest. 25. 4. 1945

REIL, Elia, Wien
gest. 12. 10. 1942 KZ Auschwitz

REINISCH Franz, Stams, Pater SAC
gest. 21. 8. 1942

REISGLER Gerhard, Student
gest. 21. 10. 1941 Frankfurt/oder

RICHTER Felix, Wien, Pol.-Jurist
gest. 1938—1945

RITSCH Dr. Wilhelm
gest. Anfang April 1945

ROSENZWEIG Oskar, Wien
gest. im KZ Flossenburg

RUBER Igo von, Wien
gest. 25. 2. 1943 an Haftfolgen

RUPERT Konrad, Steyr
gest. 25. 10. 1944 KZ Mauthausen

SCHIMEK Otto, Wien, Soldat
gest. 1944 in Machowa/Polen

SCHLAGENHAUSER Maria, Wien
gest. 20. 12. 1940 Wien

SCHLAGER Stephan, Salzburg
gest. 13. 3. 1938 (Gendarmerie)

SCHMID Anton, Wien, Feldwebel
gest. 13. 4. 1942 Wina/Litauen

SCHMIRL Josef, Linz, Krim.-Insp.
gest. März 1938

SCHNABL Richard, Wien
gest. 1942 KZ Auschwitz

SCHNEIDER Hermann, Wien, Polizei
gest. 1938—1945

SCHOLZ Roman Karl, Augustiner
gest. 10. 5. 1944

SCHOR Moritz, Wien
deportiert am 20. 10. 1939

SCHUSTER Dr. Otto, Planer i. R.
gest. 25. 8. 1942 KZ Dachau

SCHWAM Heinrich, Wien
gest. 28. 3. 1943 KZ Auschwitz

SCHWINGSHACKL Johann, Pater SJ.
gest. 27. 2. 1945 München

SEYWALD Franz, Wien, ÖCV
gest. 1938—1945

SINZ Hermann, Innsbruck, ÖCV
gest. 1938—1945

SPITZ Heinrich Otto, Wien
gest. 10. 4. 1945

SPITZER Egon, Wien
gest. 1939 an Haftfolgen

STADLER Josef, Linz, Uffz.
gest. 4. 5. 1945

STASZYSCZYŃSKI Ludwig, Wien
gest. 2. 9. 1942 KZ Auschwitz

STAUD Johann, Wien, Präsident
gest. 1939 KZ Dachau

STEINMAYR Johann, Pater S. J.
gest. 15. 11. 1943 Berlin

STEINWENDER Dr. Angelus, Pater OFM
gest. 1945

STUMPF Fritz, Wien
gest. 16. 4. 1940 Torgau

SUPAN, Priester
gest. Mitte März 1940 bei Radkersburg

SYLVESTER Dipl.-Ing. Hans, Bgld.
gest. 1939 KZ Dachau

THALER Dr. Josef, Reichenau
gest. 25. 4. 1945

THEYER Alois, Wien, Polizei
gest. 1938—1945

THUR-HEHNSTEIN Dr. Rudolf
gest. Februar 1945

TOLLINGER Walter, Kärnten
gest. 18. 12. 1944 Graz

TRAUTMANSDORF Helene, St. Pölten
gest. April 1945

TRAUTMANSDORF Josef, St. Pölten
gest. April 1945

TREIDL Wolfgang, Student
gest. 12. 10. 1941 Toimazzo

TUPPY Dr. Karl, Wien
gest. 15. 11. 1939 KZ Sachsenhausen

VOCHYZKA Franz, Wien
gest. Rußland, in Strafeinheit

VÖLZ Johann, Anstalt Stein
gest. 6. 4. 1945

VOLLMAR Dr. Hans, Wien
gest. 6. 4. 1945 im Institut

WAISSNIX Olga, Reichenau
gest. 26. 4. 1945

WALLNER Rudolf, Wien, E-Werke
gest. 10. 5. 1944

WECHSLER Erich, Wien
gest. 2. 2. 1945

WEISER Dr. Ludwig, Wien, Hofrat
gest. 1938—1945

WIELANDER Gustav, Wien
gest. 25. 6. 1941 KZ Groß-Rosen

WINTERSTEIN Dr. Robert, Wien
gest. KZ Buchenwald

WYHNAL Josef, Student
gest. 22. 3. 1945 Wien

ZEHNER Wilhelm, Wien, General
gest. 12. 3. 1938

ZEMLIK Dr. Willi
gest. Pringis/frost

ZESSNER SPITZENBERG ODr. Hans Karl
gest. 1938 KZ Dachau

ZIEGLER Gustav, Student
gest. 30. 8. 1944 Wien

ZIEGLER Hubert
gest. Februar 1944 im Bacheergebirge

ZIKMUND Johann, Wien
verhaftet 9. 6. 1944, vermisst

ZIMMERL Dr. Hans, Wien
gest. 10. 5. 1944 Wien

Wir gedenken dieser NS-Opfer aus christlich, konventioneller, vaterländischer oder monarchistischer Gesinnung!

NIEMALS VERGESSEN!

Landesverband Wien Vorstandssitzung

Am 21. März 1979 versammelte sich der Landesvorstand Wien zu einer Sitzung. Mit Worten und einem stillen Gebet wurde der verstorbene Landesobfrau Kam. Dr. Nora HILTL gedacht. Die erforderlichen gewordenen Funktionsumstrukturierungen wurden beraten und beschlossen. Von der Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung zur Neuwahl des Landesobmannes wurde vorläufig abgesehen, die Landesobmann-Stellvertreter Franz FORSTER und Mag. Dr. WINDISCH übernahmen bis auf weiteres alternierend die Geschäftsführung als Landesobmann im Verband und nach außen. Die Entsendung von Dr. WINDISCH und Kam. OSTERREICHER in die Rentenkommission beim Amt der Wiener Landesregierung wurde zur Kenntnis genommen und gebilligt. Für die Nachfolgebesezung in der OP-Kommission im Sozialministerium wurde erst ein Vorschlag an die Bundesleitung beschlossen. Der bewährte Kassier Kam. OAR. i. R. Leopold MARTINEK wurde anlässlich seines 80. Geburtstages und für sein unermüdetes Wirken persönlich geehrt und mit einem kleinen Geschenk überrascht. Er dankte sichtlich gerührt und erinnerte an seinen Leitspruch von früherer Jugend an: „Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten!“ Dieser Wahlpruch half ihm auch später als NS-Verfolgter im KZ Dachau und in allen mühsamen Perioden seines Lebens.

Universität Bordeaux „Der österreichische Widerstand in den bürgerlichen Kreisen“

In der Bibliothek des DÖW in Wien 1, Altes Rathaus, liegt ein Werk von Serge MAUGEY der Universität Bordeaux/Frankreich auf, das aus den im DÖW archivierten Dokumenten und Publikationen entstanden ist. Die Widerstandstätigkeit der Gruppen LEDEKER — SCHOLZ — KASTELIC und die Prozesse gegen sie sind ausführlich geschildert und durch eigene Zeugenbefragungen des Autors ergänzt. Der

(Fortsetzung von Seite 6)

tholikan und Österreicher immer im vollsten Einsatz gesehen. Die NS-Machtübernahme in Österreich hat ihr schweren Herzens widerstandlos erleben müssen und hat sofort im Untergrund die Wiederbefreiung Österreichs vorbereitet und erkämpft. Viele Kameraden haben mit ihm Leben und Freiheit eingesetzt und geopfert, nur wenige haben das Wiedererstehen Österreichs mitlernen können. Wir wollen und können Dr. Jakob KASTELIC niemals vergessen!

Autor bedankt sich in der Einleitung bei Prof. STEINER und seinen Mitarbeitern im DÖW für die idealen Arbeitsbedingungen bei seiner Forschungstätigkeit und den ermöglichten Interviews mit überlebenden Verfolgten aus diesen Gruppen des bürgerlichen Widerstandes. Das Symbol „66“, rechts vom Haupteingang des Stephansdomes, hat auf dem Autor tief eingewirkt und im Schlußwort zu der Bemerkung veranlaßt: „Österreich kann und will sein, und wird nicht verschwinden!“ In diesen beiden Buchstaben kommt der Sinn des österreichischen Widerstandes zum Ausdruck!

Landesverband Niederösterreich

Neubestellung der Funktionäre

Am Freitag, dem 1. Juni 1979, fand in Wien, im Haus der nö. Landesparteileitung, wegen Ablaufs der dreijährigen Funktionsperiode der Verbandsorgane die ordentliche Generalversammlung des nö. Landesverbandes statt. Die Berichte der bisherigen Funktionäre wurden zur Kenntnis genommen, die Entlastung wurde ihnen einstimmig erteilt. Mit Bedauern vernahm die Versammlung, daß der bisherige 1. Obmannstellvertreter, wirklicher Hofrat i. R. Mag. Felix Kos, eine Wiederwahl aus gesundheitlichen Gründen nicht annehmen könne. Für seine 12jährige ersprießliche Tätigkeit im Dienste der Kameraden wurde ihm unter allgemeinem Beifall der herzliche Dank und der Wunsch auf baldige Genesung ausgesprochen.

Anschließend wurden einstimmig gewählt:
wirklicher Hofrat i. R. Dr. Ludwig Mohr: zum Landesobmann,
Hofrat Dr. Silvester Hofbauer: zum ersten und

Regierungsrat Franz Pernauer: zum zweiten Obmannstellvertreter,
Frau Elisabeth Gögrich, Oberschulratsgattin, Herr Hans Henko, Herr Bernard Stieckler und Professor John Wiesinger zu Beisitzern.

Letzterer wird weiterhin die Geschäfte des Schriftführers versehen und am Sprechtag (jeden Dienstag vormittag von 10 bis 12 Uhr) im Hause der Landesparteileitung, Wien 1, Löwelstraße 20, den Mitgliedern zur Verfügung stehen.

Zu Rechnungsproblemen wurden Herr Robert R. Pollak und Landesfachoberinspektor i. R. Leopold Wallner gewählt. Das Ehren- und Schiedsgericht wird künftig aus wirklichem Hofrat i. R. Martin Schobel als Vorsitzendem und Oberstudienrat Konsistorialrat Josef Friedl und wirklichem Hofrat Dr. Ferdinand Krause als Beisitzern bestehen.

in seiner Eigenschaft als Bundesobmann der Kameradschaft erstattete Reg.-Rat Franz Pernauer einen umfassenden Bericht über seine und seiner Mitarbeiter Tätigkeit in der **Opferfürsorgekommission** beim Bundesminister für soziale Verwaltung, in den Kuratorien für den **Hilfsfonds** und für das **Betreuungslehrenzwecken** sowie in der überparteilichen **Arbeitsgemeinschaft der Verfolgtenverbände**. Sein Bericht wurde von der Generalversammlung mit lebhaftem Beifall entgegengenommen.

Landesverband Burgenland

Hauptversammlung 1979

Die vorangehende Gedenkmesse zelebrierte P. Bernhard BACHER. An der Hauptversammlung am 24. April 1979 in Eisenstadt nahmen Labg. Dr. SCHMALL (im Auftrage des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Dr. SAUERZÖPF), Bundesobmann Reg.-Rat PERNAUER und 24 Mitglieder des Landesverbandes teil, welchen für die Teilnahme besonders gedankt wird. Labg. Dr. SCHMALL überbrachte die Grüße der Landesparteileitung der ÖVP, dankte für die Arbeit des Landesverbandes und wies darauf hin, daß gerade den durch das NS-Regime verfolgten Männern wie FIGL, HURDES und GORBACH der Aufbau eines freien Österreichs zu danken ist. Bundesobmann Reg.-Rat PERNAUER gab einen aufschlußreichen Bericht über die Opferfürsorge und über die Arbeiten in den verschiedenen Gremien.

Der schriftlich vorgelegte Bericht des Landesobmannes wurde den Anwesenden überreicht, die anderen Mitglieder erhalten ihn in der Anlage.

Der Obmann dankte dem Bundesobmann für die zahlreichen Interventionen, der Landesparteileitung der ÖVP für das Wohlwollen, der Landesregierung und der Landwirtschaftskammer für die finanzielle Unterstützung und den Mitgliedern der Landesleitung für die Mitarbeit.

Nach dem Bericht des Kassiers AR. NÄHRER und des Rechnungsprüfers FOI. KORPITSCH wurde unter Vorsitz von Bundesobmann Reg.-Rat PERNAUER folgende Landesleitung gewählt:

Landesobmann: HS-Dir. i. R. OSR Anton SÄTTLER;

Landesobm.-Stv.: AR Anton TRUKESITZ;

Schriftführer: VS-Dir. i. R. OSR Julius TIHANYI;

Schriftf.-Stv.: Frau Edith HÖNE;

Kassier: AR Johann NÄHRER;

Kassier-Stv.: Komm.-Rat Karl ADAM;

Beiräte: Martin EISNER, VS-Dir. i. R. OSR Anton GSTETNER, Franz LIEBENTRITT, Frau Rosa SZALAY;

zu Rechnungsprüfern wurden bestellt:
FOInsp. Hans KORPITSCH und Reg.-
Rat Hans PALLITSCH;
Vorsitzender des Schiedsgerichtes:
Hofrat Ulrich SÄTTLER;
Geistlicher Konsulent:
Pfarrer M. SEMELIKER;
Vertreter des Landesverbandes in der
LPL der ÖVP:
B.M. a. D. Präs. Franz SORONICS.

Minister a. D. Soronics — Hofrat

Das Mitglied des Bgld. Landesverbandes, Minister a. D. Franz Soronics, wurde vom Bundespräsidenten in Würdigung seines überaus vielseitigen, stets von hohem Verantwortungsbewusstsein getragenen Wirkens mit dem Titel Hofrat ausgezeichnet.

Kern, Soronics wurde am 28. Juli 1920 in Eisenstadt geboren, 1937 trat er in den Landesdienst ein. 1938 wurde der agile Pfadfinderführer von den NS-Behörden außer Dienst gestellt. 1946 kam er wieder in den Landesdienst. 1950 wurde er Eisenstädter Stadtrat. Ab 1953 vertrat er das Burgenland im Bundesrat, später im Nationalrat. Er erhielt die Berufung in die Bundesregierung, zunächst als Staatssekretär und ab 1966 als Bundesminister für Inneres. 1971 zog er als Landesrat in die Bgld. Landesregierung ein. 1972 wurde er Landeshaupmannstellvertreter. Seit 1978 ist er 2. Präsident des Bgld. Landtages.

Land, Bund und Kirche würdigten die großen Verdienste durch Verleihung hoher und höchster Auszeichnungen.

Gedächtnisfahrt 1979

Der Landesverband Burgenland unternahm am 28. August 1979 mit 50 Mitgliedern und Angehörigen seine diesjährige Gedächtnisfahrt nach Stein und Zweitl. Die Fahrt ging über Wien, Tulln und Zwentendorf nach Stein, wo im Friedhof beim Gedenksteine für die 386 NS-Opfer vom 8. April 1945 eine kurze Trauerfeier mit Gebet abgehalten wurde. Im besonderen wurde der ums Leben gekommenen Burgenländer — des Eisenstädter Franziskaner-Guardians Pater Capistran PIELLER und des St. Margaretheners Josef ARTNER — gedacht. Die Witwe des Kameraden ARTNER, unser Mitglied Elisabeth ARTNER, war mit einigen Familienangehörigen anwesend und legte Blumen und Kerzen auf das Mahmal.

Dann ging die Fahrt durch ein romantisches Stück Waldviertel nach Zweitl. Die Besichtigung des ehrwürdigen Zisterzienserklosters war ein zweiter Höhepunkt der Gedächtnisfahrt, die allen Teilnehmern in bester Erinnerung bleiben wird.

Opferfürsorge

Anzahl der Rentenenmpfänger

Nach einer Information des Bundesministeriums für soziale Verwaltung beträgt der Stand am 1. Jänner 1979:

	OPFER		HINTERBLIBENE	
	Opferrente	NurUnterhaltrente	Hinterbliebenrente	NurUnterhaltrente
Wien	1761	172	1248	10
Niederösterreich	171	65	214	2
Burgenland	56	112	93	2
Oberösterreich	58	77	119	3
Salzburg	135	25	76	1
Steiermark	188	63	263	9
Kärnten	247	112	204	10
Tirol	45	23	53	1
Vorarlberg	10	3	16	0
Bundesgebiet	2671	672	2286	38

„Holocaust-Fonds“ des DÖW

Die ständige Ausstellung „Der österreichische Freiheitskampf“ im Alten Rathaus, Wien 1, Wipplingerstraße 8, wird von vielen Schülergruppen besucht, die mit großem Interesse die Zeugnisse über die NS-Gewaltherrschaft und die Verfolgung von Österreichern aus rassistischen, politischen oder nationalen Gründen betrachten. Das „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“ (DÖW) betreut diese Ausstellung und stellt auch bestens vertraute Führer am Montag, Mittwoch und Donnerstag zwischen 9 und 17 Uhr zur Verfügung. Aus einem neugegründeten „Holocaust-Fonds“ werden künftig Aufsätze und Schularbeiten über die

Eindrücke nach dem Besuch dieser Ausstellung mit Geld- oder Sachpreisen prämiert. Später sollen auch noch selbständige Initiativen von Schülergruppen oder Klassen in diese Aktion einbezogen werden, die zum Thema „Widerstand und Verfolgung“ der Hitlerzeit Beiträge liefern. Andererseits können aber auch Geldspenden für das „DÖW“ auf das Konto CA Wien 21-44376 für diesen Fonds eingezahlt werden, um recht viele Einsendungen auszeichnen zu können. Der Besuch dieser Ausstellung bietet die beste Möglichkeit zur politischen Bildung und zu Lehren aus der Vergangenheit zur Anwendung für die Gegenwart und Zukunft.

Rechtsextremismus in Österreich nach 1945

Herausgeber: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), ca. 600 Seiten, mit Faksimiles, Subskriptionspreis bis 30. 9. 1979: 150 S. Die darin veröffentlichten und analysierten Materialien sollten allen Denkanstöße geben, für die Demokratie und Freiheit, Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit die Grundwerte unserer Gesellschaft sind. Wenn die rechtsextremen Gruppierungen und Ideologien rechtzeitig erkannt und ihre Zielrichtungen aufgedeckt werden, können ihre Wirkungsmöglichkeiten noch eingeschränkt und die Gegenkräfte mobilisiert werden. (Aus dem

Vorwort des Herausgebers)

Die einzelnen Abschnitte des Buches behandeln: Begriff, Geschichte, Organisationen, Ideologie, besondere Aspekte, Perspektiven und Möglichkeiten der Bekämpfung und Bemerkungen zur modernen Rechtsextremismusforschung.

Bestellungen des Buches zum Subskriptionspreis sind an das DÖW, 1010 Wien, Wipplingerstraße 8 (Altes Rathaus) zu richten, später ist das Buch über den „Österreichischen Bundesverlag, Wien“ zum Ladenpreis von 200 S erhältlich.

Österreichische Gemeinschaft

Jahreshauptversammlung 1979

Die Bundestagung 1979 der „Österreichischen Gemeinschaft“ (Gründungs-jahr 1925) fand im Schloß Zell in der Pram/OÖ vom 20. bis 23. Juli 1979 statt. Die Kurzformel der Gemeinschaft für ihre Arbeit lautet: Staatspolitik vor Parteipolitik, Kultur- und

christliche Gesellschaftspolitik vor Parteideologie auf der Grundlage österreichischer Tradition und übernationalen Denkens. Die **Tagungsabschlußerklärung** vom 23. Juli 1979 stellt die grundlegenden Werte der österreichischen Staatsidee eindeutig als folgende fest: im **Christentum** be-

(Fortsetzung auf Seite 13)

Hetzschrift 8. Juni 1941

(Aus „Soldatenlied“ der Schwester
Restituta)
Unser Gold und Kunstschätze
schleppten sie gleich
in ihr abgewirtschaftetes Nazireich.
Unser Fleisch, Obst, Milch und Butter
waren für sie ein willkommenes
Futter.
Sie betreten uns, und ehe man's
glaubt,
hatten sie uns gänzlich ausgeraubt.

SAMENZIEGLER

Robert und Walter Ziegler Gesellschaft m. b. H.
Samenzucht und Samenhandel

Zentrale:

1111 Wien, Simmeringer Hauptstraße 11
Telefon 74 17 56

Gartenzentrum:

1111 Wien, Simmeringer Hauptstraße 13
Telefon 74 37 33

Filialen:

Wien 15, Camillo-Sitte-Gasse 19
Wien 5, Reinprechtsdorfer Straße 6

BAUUNTERNEHMUNG

**Ingenieure
Badjura,
Petri & Co. KG.**

Baubüro:

1080 Wien, Schlüsselgasse 19/17
Tel. 43 61 87 Serie

**CA-ein Partner
für heute und morgen**



CREDITANSTALT

(Fortsetzung von Seite 11)

gründete Weltanschauung und Moralauffassung — unbedingte Treue zum eigenen Staat und zu der in seinen Grenzen gewachsenen Nationgemeinschaft — weltweitere Toleranz bei Anerkennung demokratischer Entscheidungen über unterschiedliche Vorstellungen in Einzelfragen — auf richtige Verständnis- und Vermittlungsbereitschaft gegenüber ausländischen Mächten — erster Wille zu Persönlichkeitsbildung und Leistungsbefähigung.

Der **Nationaleiertag** am 26. Oktober soll zur Förderung des Nationalbewußtseins eine bessere Gestaltung erfahren und die österreichische Zusammengehörigkeit einschließlich der nicht deutschsprachigen Volksgruppen im Süden und Osten unseres Staates ist zu betonen, die rot-weiß-rote Staatsflagge muß überall vorherrschen!

Weiters enthält die Abschlußklärung Forderungen für die „Bildung und Erziehung“ der heutigen und kommenden jungen Generation, für eine „Verfassungsreform“ und zur „Innenpolitik“, zur „Außenpolitik“ und zu „Budget- und Wirtschaftfragen“.

OGH zum Verbotsgesetz

In der „Öster. Juristen-Zeitung“ vom 27. 7. 1979 ist das Erkenntnis des Obersten Gerichtshofes (OGH) vom 27. 9. 1978 samt seiner Begründung betreffend die Verwerfung der Nichtigkeitsbeschwerde gegen die Beschlagnahme der Druckschrift „Deutsche National-Zeitung“ enthalten. Die Textstellen unter den Titeln „Der Schwindel des 20. Jahrhunderts — Das Ende der 6-Millionen-Lüge“ und in einem Inserat mit der Ankündigung des Bildbandes „Der Österreich-Anschluß 1938“ haben den Tatbestand des § 3 g des Verfassungsgesetzes über das Verbot der NSDAP verwirklicht und zur Beschlagnahme geführt. Im Spruch des OGH wird ausgeführt: „Zur Betätigung im nationalsozialistischen Sinn gehört auch jede objektiv einseitige, propagandistisch vorteilhafte Darstellung nationalsozialistischer Maßnahmen und Zielsetzungen in Druckwerken.“

In der Begründung des Erkenntnisses wird ausgeführt: „Hauptanliegen des die inkriminierten Stellen enthaltenden Auszuges aus dem Buch „Der Schwindel des 20. Jahrhunderts“ ist es, in tendenziöser und teils polemischer Form zu widerlegen, daß in deutschen KZ Millionen Menschen, insbesondere Juden, im Sinne eines Völkermordes planmäßig vernichtet wurden. Darüber hinaus aber wird überhaupt auch das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager als solches massiv zu beschönigen und rechtfertigen gesucht.“

„Wehrmachtsmuseum“ in Radagger

Ein Verein mit dem Namen „Verein für Europäische Heereskunde mit Wehrmachtsmuseum 1914—1945“ hat 30 km vom KZ Mauthausen entfernt eine Halle mit NS-Reliquien und alten Wehrmachtsutensilien als Museum eröffnet und dort den Verkauf von Abzeichen mit Hakenkreuzen zugelassen. Eine Protestaktion gegen diese Nazi-Nostalgie als Fremdenverkehrsmittel hat sich ausgelöst und fordert das Verbot einer solchen „lebendigen Geschichtsdarstellung“, die die NS-Zeit verharmlost und deren Schrecken nicht erwähnt.

„Kriminalistik“ (BRD) Nr. 6/79

Entwickelt sich in der Bundesrepublik ein rechtsextremistischer Terrorismus?

Neonazistische Gruppen, deren Anschläge typische Elemente terroristischer Aktionsmuster aufweisen, sind in jüngster Zeit zunehmend aktiv geworden. Über das Stadium räuberischer Beschäftigungskriminalität sind die nicht mehr als 200 Aktivisten längst hinaus. Ein die innere Sicherheit bedrohendes Potential stellen sie jedoch nicht dar. Dennoch darf die Gefahr gerade für das Ansehen des Staates nicht verharmlost werden. Auf der anderen Seite allerdings muß man sich auch der geringen Anzahl, der strukturellen Primitivität und der Irrationalität neonazistischer terroristischer Vereinigungen bewußt sein, wenn man die zumeist durch Inhaftierung beendeten Operationen als Rechtsterrorismus bezeichnet.

„Kriminalistik“ (BRD) Nr. 7/79

Gewalttame Ausschreitungen von Neonazis

Im Jahr 1978 wurden 992 Ausschreitungen mit rechtsextremistischem Hintergrund erfaßt. Gegenüber 1977 mit 616 Ausschreitungen bedeutete dies eine Steigerung um etwa 61 Prozent. Bereits 1977 war die Zahl derartigen Aktionen gegenüber 1976 von 319 auf 616 — das waren 93 Prozent — angestiegen. Die sprunghafte Zunahme in den vergangenen drei Jahren ist vornehmlich auf die starke, zum Teil anonyme Aktivität neonazistischer Gruppen und Einzeltäter zurückzuführen. Allein 1978 waren 76 Prozent der festgestellten Ausschreitungen neonazistischen Tätern zuzurechnen. Bemerkenswert bei diesen Gruppen und Personen ist die wachsende militante Einstellung.

Die Bereitschaft neonazistischer Fanatiker, sich zu bewaffnen und Gewalt

zur Durchsetzung ihrer Ziele anzuwenden, nimmt zu, wie folgende Beispiele verdeutlichen können: Am 12. Jänner 1979 nahm die Polizei einen 19jährigen Lehrling aus Bonn fest. Bei der Hausdurchsichtigung fand man Hitlerbilder und NS-Material, zwei Kleinkalibergewehre, eines davon zur Maschinenpistole umgebaut, Munition und zwölf selbstgefertigte Sprengkörper. Der Lehrling trug eine durchgeladene und entschärfte Pistole bei sich. Zwischen 29. Jänner und 1. Februar 1979 wurden im Raum Höxter-Ostwestfalen bei 21 Hausdurchsichtigungen mehrere Kilogramm Sprengstoff, verschiedene Feuerwaffen mit Munition und eine Werfergranate sichergestellt. Einige Beschuldigte gestanden, einer „NS-Kampfgruppe“ anzugehören. Am 9. März 1979 wurden drei Neonazis inhaftiert, die Verbindungen zur „Liquidierung von Verrätern“ aus den eigenen Reihen führten. Bei einem weiteren Neonazi wurde eine Bombe gefunden. Nach den bisherigen Ermittlungen sollte der Ministerpräsident Schleswig-Holsteins durch eine „Höllienmaschine“ getötet werden.

Zeitgeschichte an der Wiener Urania

Österreicher gegen den Hitler-Krieg

Der 40. Jahrestag des Überfalls der Hitler-Wehrmacht auf Polen am 1. 9. 1939 und damit der Beginn des 2. Weltkrieges geben den Anlaß zu diesem zwei Abende umfassenden Zyklus. Behandelt wird der vielfältige Widerstand von Österreichern gegen Hitlers Raubkrieg, und zwar im Untergrund, dann innerhalb der Wehrmacht selbst, in den Rüstungsbetrieben, aber auch der Einsatz der Partisanen und in Verbänden der Alliierten. Vortragende sind: Prof. Pepper am 9. 10. 1979 und Dr. Neugebauer am 23. 10. 1979. Einführung und Diskussionsleitung im Klubsaal durch den bewährten Dr. Franz Danimann. In den anschließenden Diskussionen, zur wissenschaftlichen Aufwertung auf Band aufgenommen, sollen auch Aktivisten der damaligen Ereignisse zu Wort kommen. Bei ihrer Initiative kommen die Veranstalter vor allem dem großen Interesse von Jugendfunktionären und Lehrern entgegen.

Volkshochschule Brigittenau — Wien 20

Vortragsreihe „Der KZ-Staat“

Das Deutsche Reich unter Hitler. Mit Dokumentarfilmen und -aufnahmen. Di. 9. 10. 1979; Die wirtschaftliche und politische Bedeutung der KZ vor 1938.

Der 9. November 1938

Di., 27. 11. 1979: Die wirtschaftliche und politische Bedeutung der KZ 1939—1945 (mit Film über „Theresienstadt“)

Di., 11. 12. 1979: Die Zukunftsplanung für die KZ

Di., 15. 1. 1980: **DISKUSSION:** Verjährt — verdrängt — vergessen — Bewältigung der NS-Vergangenheit — aber wie? Es diskutieren: Prof. Blau, Min.-Rat Dr. Skalnik, Ing. Ponger und Univ.-Prof. Dr. Weinzierl. Diskussionsleitung: Prof. Dr. Herbert Steiner.

Nationalsozialistische Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse. Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmino.

Herausgegeben von Adalbert Rückerl, mit einem Vorwort von Martin Broszat. Grafiken von Karl-Friedrich Schöfer. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag 1977. 358 Seiten, Brosch. 5 99,80. (dtv-Dokumente Nr. 2904).

1941 gab Hitler den Befehl zur „Endlösung der Judenfrage“, womit die physische Vernichtung der Juden gemeint war. Am 20. Jänner 1942 fand dann in Berlin die sogenannte Wannasekonferenz im Beisein Heydrichs, Eichmanns, Frießlers, hoher SS-Führer und Funktionäre des Staates statt. Im Konferenzprotokoll heißt es, „daß die Juden strafenbauend nach dem Osten ge-

führt werden sollen, ... wobei der Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird, der Restbestand, als widerstandsfähiger Teil, wird entsprechend behandelt werden müssen“. Der aufgedrungene Schriftverkehr der SS, des SD und der Polizei spricht von „Umsiedlungen“, „Evakuierungen“, „Sonderbehandlungen“, „Berufungs-“, „Sonderbehandlungen“ und dgl.: Nach dem gewaltsamen Tod des Chefs der Polizei Reinhard Heydrich am 5. 6. 1942 wurden die planmäßig und industriell betriebenen Einordnungen der Juden aus dem ganzen Bereich des NS-Machtgebiet als „Aktion Reinhard“ bezeichnet, und in abgelegenen Orten Polens ausgeführt. Das zuerst eingesetzte Personal stammte aus der „Aktion T 4“, die ihren Sitz in Berlin, Tiergartenstraße 4, hatte und u. a. den Titel „Gemeinnützige Stiftung für Anstaltspflege“ führte. Unter dieser Tarnbezeichnung wurde das „Euthanasieprogramm“, das heißt die Ermordung Geisteskranker durch Gas durchgeführt. Die „Aktion Reinhard“ wieder beschränkte sich jedoch nicht nur auf die Vernichtungslager Belzec, Sobibor, Treblinka und Chelmino, sondern auch auf andere Gebiete und Vernichtungslager wie z. B. Auschwitz. Wenn daher der aus Österreich stammende SS-Brigadeführer Odilo Globocnik 450 Mann für das „Arbeitsgebiet“ Lublin angab, so war das nur eine Teilzahl der Mörderbrigaden der SS, des SD und der Polizei. Der Tötungsvorgang verlief immer nach dem gleichen Schema. Die Juden wurden in Bahntransporten — aus polnischen Gebieten in Güterwagen — in die Lager gebracht. Dort wurde ihnen teilweise in heuchelichen Ansprachen gesagt, „daß sie zum Arbeitseinsatz kämen, vorher aber

noch baden müßten“, dann wurden sie in die „Baderäume“ geführt, die in Wirklichkeit abgedichtete Kammern waren, in denen sie durch Gas ermordet wurden. Den Toten wurde dann eventuelle Zahngold aus dem Mund gelassen, Körperöffnungen sich fließend durchsucht. Die Leichen wurden verbrannt, teilweise nach Exhumierung. Ihre Kleider wurden sortiert und das Haar der ermordeten Frauen gestapelt. In Lodz wurden aus einem Krankenhaus die jüdischen Patienten teilweise unbedeckt auf Lastwagen übereinander geworfen, wobei viele schon dadurch den Tod fanden, Kleinkinder und Säuglinge wurden kurzbehaft aus den Fenstern auf die Lastwagen geworfen. Aus den Prozeßführungen geht hervor, daß die meisten Angeklagten aus einfachen Verhältnissen stammten, einige von ihnen konnten tatsächlich den Patativ- das heißt vermeintlichen Mordgesandnis nachweisen und wurden freigesprochen. Nicht alle Angeklagten kamen freiwillig in die SS-Brigaden, jedoch die meisten von ihnen. Sie wurden, soweit sie vor polnische Gerichte kamen, zum Teil zum Tod, meist jedoch zu verschiedenen langen Freiheitsstrafen bis lebenslänglich, von deutschen Gerichten zu Freiheitsstrafen bis lebenslänglich verurteilt. Was in diesem Buch als „zeitgeschichtlicher Hintergrund“ bezeichnet wird, war in Wirklichkeit eine permanente Durchdringung des Ideologs mit der nationalsozialistischen Ideologie, die ihre geschichtlichen Wurzeln hatte, einen maßlosen Judentum entwickelten und in einen Rassenwahn ausartete. Man muß jedoch auch dazu sagen: Obwohl die NS-Ideologie von prominenten Politikern, vielen Intellektuellen, Künstlern, Lehrern und Beamten al-

Damit Sie es schöner haben!

ELIN-Haushaltsgeräte sind heute zu einem Schrittmacher des Komforts in Haus und Heim geworden. Zunehmende Bedeutung gewinnt vor allem in jüngster Zeit auch die elektrische Raumheizung in Schulen, gewerblichen Betrieben usw., welche

von ELIN individuell ausgelegt, projektiert und geliefert wird. Die Warenpalette reicht bei den Geräten vom einfachen Bügel-eisen über den Elektroherd bis zum Spitzenfarbfernseh-gerät mit Ultraschall-fernbedienung.

Beratung und Service gibt es in allen Bundesländern.



Elin

ler Grade, vorbereitet, geduldet, gefördert und gedeckt wurde, so war die grüenhalbe „Eindöbung der Judenfrage“ als „gemeine Reichssache“ durchgeführt worden, wodurch der einfache Mann getäuscht wurde, ebenso wie die unglücklichen Opfer, die meist erst in der Gaskammer begriffen, was man mit ihnen vorhatte. Robert R. Poliak

Der Prozeß Jeanne d'Arc

Akten und Protokolle, 1431—1456. Übersetzt und herausgegeben von Ruth Schirmer-Inhoff. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1978, 232 Seiten, Brosch., S.45,80 (dfr-dokumente 2909).

Nachdem Frankreich im Hundertjährigen Krieg gegen England (1339—1453) große Teile des Landes und Charles VII. seine Krongebiete um Paris verloren hatte, erlind in Jeanne d'Arc, einem 1412 geborenen Bauernmädchen aus Domremy in Lothringen eine Gestalt, die im wahren Sinne des Wortes Geschichte machen sollte. Von übernatürlichen, religiösen Erleuchtungen getrieben, begehrte sie, vor den König geführt zu werden, um Soldaten und Waffen zur Befreiung Frankreichs zu erhalten. Es gelang ihr damit die Engländer aus Orléans zum Abzug zu bringen und von ihnen unterschämlichen Glauben beseitigt. Frankreich zum siegeschließenden Kampf gegen die englischen Besatzer anzufachen. Sie führt König Charles zur Salbung nach Reims, springt in Bedford's Genaten in Beauxvoir von einem Festungsturm, wird schließlich in Compiègne gefangengenommen und von den Burgunden an die Engländer ausgeliefert. Pierre Cauchon, der Bischof der Diözese, und andere hohe geistliche Würdenträger sind angeschlossen und so wird das arme Mädchen vor ein Tribunal, das zeitweise über sechzig Köpfe zählt, gestellt und ihm ein Inquisitionsprozeß bereit. Johanna wird der Ketzerie, des Unglaubens, der Lüge, der Großsprecherei, des Auftrahs usw. bezichtigt. Angesichts der Folter widerruft Johanna und wird zu lebenslangem Kerker verurteilt. Als Johanna in das Gefängnis zurückgebracht und sie in ihrer Mädchenehre abermals ernstlich bedroht wird, legt sie wieder Männerkleider an und zieht ihren Widerruf zurück. Am 30. Mai 1431 wird sie auf dem Marktplatz von Rouen erneut der Ketzerie, Götzendienerei usw. bezichtigt und ohne Urteilsspruch dem „weltlichen Arm der Gerechtigkeit“, die „gebeten“ wird, „Ihr Urteil zu ermäßigen, ohne Tötung oder Verunstaltung der Glieder“ ausgeliefert. Johanna aber wird unverzüglich, die Reisgebündel lagen schon bereit, immetzu Jesus rufend bei lebendigem Leibe verbrannt. Als 19 Jahre später Charles VII. in die Kathedrale des befreiten Rouen eintritt, kommt ihm sein Krönungsurteil in die Kathedrale von Reims in den Sinn, als Johanna vor dem Altar stand, das Leinwandbanner in der Hand, und so gibt er 1450 Anstoß zu einem Rehabilitationsverfahren, in dem unter anderem auch einige ihrer ehemaligen geistlichen Richter, die sie seinerzeit verurteilt hatten, einvernommen werden. Natürlich können sich manche „nicht mehr erinnern“ und manche sagen aus, daß sie vor den Engländern Angst gehabt hätten. Es kommt zutage, daß die Prozeßprotokolle sehr zugunsten Johannas abgefaßt wurden, daß sie keine Verteidiger hatte und daß ein Fürsprecher namens Nicolas de Houppville in das Gefängnis geworfen

wurde. Kurz und gut, die Besatzer veranlaßten einen klassischen Inquisitionsprozeß, um eine Patronin unschädlich zu machen. Am 7. November 1455 begann auf Anordnung Papst Callistus' III. in der Kathedrale Notre Dame in Paris der Revisionsprozeß, der mit dem Spruch endete, daß der Inquisitionsprozeß gegen Jeanne d'Arc „befleckt von Anglist, falscher Beschuldigungen und Rechtsirrtum und daher null und nichtig ist“. Dieses Werk ist auf Grund teilweise vorhandener Protokolle in französischer

Sprache und eines nach Johannas Tod verfaßten Manuskriptes in lateinischer Sprache des Verurteilungsprozesses, sowie des Manuskriptes des Rehabilitationsprozesses entstanden. Die Dokumente befinden sich in der Bibliothèque nationale in Paris. Eine kritische Gesamtausgabe ist in Frankreich schon im 1950 erschienen. Johanna wurde am 16. Mai 1920 heiliggesprochen. Man kann dieses Buch nicht ohne Erschütterung aus der Hand legen.

Robert R. Poliak

Pensionsversicherungen und Hilflosenzuschüsse

Der Nachrichtendienst des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger gibt in seiner Information Nr. 430/1979 bekannt: „Heuer fast 5 Milliarden Schilling für Hilflose.“ Rund 187.000 Pensionisten erhalten einen Hilflosenzuschuß von durchschnittlich monatlich 1853 S steuerfrei.

Auf Grund der geltenden gesetzlichen Bestimmungen wird der Hilflosenzuschuß zusätzlich zur Pension dann gewährt, wenn der Bezieher einer Pension aus der Pensionsversicherung derzeit hilflos ist, daß er der ständigen Wartung und Hilfe bedarf. Der Hilflosenzuschuß wird in der Höhe der halben Pension gewährt. Er beträgt derzeit jedoch höchstens monatlich 2279 S, mindestens aber monatlich 1713 S.

Im Jahr 1979 werden die Pensionsversicherungsträger fast 5 Milliarden Schilling in Form von Hilflosenzuschüssen ausgeben. Der durchschnittliche monatliche Hilflosenzuschuß beträgt 1853 S und wird vier-

zehnmal jährlich ausgezahlt, so daß sich daraus eine durchschnittliche Jahresleistung von rund 26.000 S für den einzelnen Pensionisten ergibt.

Grabstätte Kam. Leinkauf

Wir geben unseren Kameradinnen und Kameraden, die regelmäßig das Grab unseres wertigen Bundes- und Landesobmannes LÄB, Gem.-Rat Hans LEINKAUF auf dem Wiener Zentralfriedhof besuchen, bekannt, daß Kamerad Hans Leinkauf exhumiert und auf dem Dombacher Friedhof neu beigesetzt wurde. Sein Grab befindet sich nunmehr in der Gruppe 38, Reihe 14 (Grab Nr. 22).

Unsere Toten

Wir trauern um folgende Kameraden:

Karl BEYER, Kanzleidirektor i. R., Wien, gestorben am 31. Juli 1979 im 71. Lebensjahr.

Franz RAMEL, Bezirksvorsteher i. R., Wien, Besitzer des Befreiungs-Ehrenzeichens, gestorben am 17. Juli 1979 im 74. Lebensjahr.

Gisela SCHMIT, Eisenstadt, Witwe des ehem. Direktors der Bgld. Landwirtschaftskammer, gestorben am 9. Juli 1979 im 77. Lebensjahr.

Friedrich BINDER, Stöob/Burgenland, NS-Haft ab Einmarsch, Mai 1938 bis 3. Februar 1944 im KZ Dachau, gestorben am 3. August 1979 im 71. Lebensjahr.

Postensuche

Verkaufslieber, langjährige Praxis als Mitglied der Geschäftsleitung in Handels- und Dienstleistungsbetrieben, betraut mit Aufgabengebiet: Verkaufs- und Absatzplanung, Marktbeobachtung, Personalabwahl und Vertreterschulung, Aufbau der Vertriebsorganisation, Verkauf und Verkaufswettbewerb, Werbung und PR-Maßnahmen, Budgeterstellung, Kosten- und Werberfolgskontrolle, Großkundenbetreuung und Kontaktpflege auf gehobener Basis. Branchenübergreifend, sucht leistungsfördernde Aufgabe.

Verlagskaufmann, langjährige Erfahrungen als Verlagsleiter, Sachbucherausgeber und in Erstellung von Sachbuchprogrammen populärwissenschaftlicher und historischer Richtung, im Reise- und Versandbuchhandel, Fernunterricht, Vertreterführung. Gute Herstellungs- und Vertriebskenntnisse, selbständig und initiativ sucht unternehmerische Aufgabe in leistungsfördernder Position.

Rückfragen und Angebote zu beiden Inseraten mögen an die Landesleitung Wies der ÖVP-N geschickt werden.

Totentafel-Unterlagen

Aus den vorliegenden Dokumenten und Aufzeichnungen in den Archiven kann nur unvollständig der Personenkreis erforscht werden, der in der NS-Zeit wegen seiner christlichen Weltanschauung, seiner vaterländischen oder konservativen Gesinnung wegen oder als Monarchist schwere Verfolgung und den Tod erliden mußte. Für diese publizierte Totentafel in dieser Ausgabe ist uns zur Verfügung gestellt:

Quellen:

1. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes
2. Der Ruf des Gewissens — Otto Molden
3. Die Steine reden — Erich Fein
4. Zum Tode verurteilt — Herbert Steiner
5. Die österreichische Freiheitsbewegung/Gruppe Roman Karl Scholz — Christine Klusacek
6. Die österreichischen Gewerkschaften in Österreich — Red. Franz Gröbl
7. Gesamtverzeichnis des ÖCV 1967, Seite LVIII

Alle unsere Mitglieder und auch die Leser unseres Organes werden dringend ersucht, uns für die weitere Forschung noch vorhandene Urkunden, Photos, Briefe und Flugblätter aus der Verfolgungszeit 1938—1945 in Original oder in Kopie zur Verfügung zu stellen. Für die Ansprüche aus der Opferfürsorge und anderen Quellen sind noch Unterlagen eingereicht worden, die in unseren eingesehenen Materialien nicht aufscheinen.

Die Einsendungen und Vorlagen können über die zuständigen Landesverbände oder an unsere Redaktion des „Freiheitskämpfer“ in 1080 Wien, Laudongasse 16, erfolgen. Auch Berichtungen der Personalisten und der Sterbeorte sind erwünscht! Die weiteren Unterlagen werden von uns auch zur Registrierung und Dokumentation an das DÖW als Zentralstelle für die publizistische und wissenschaftliche Auswertung weitergegeben.

Hinweise der Redaktion:**1. Einsendungen**

Die Landesverbände und alle Kameraden mögen beachten:

- a) Maschinschrift, großer Zeilenabstand, einseitig.
- b) Zeitungsausschnitte mit Zeitungsnamen und Ausgabedatum.
- c) Redaktionsschluss ist Mitte Februar, Mai, August und November.

2. Restexemplare „Die Steine reden“

Bildreiche Dokumentation über Gedenkstätten des österreichischen Freiheitskampfes und Mahnmale für die NS-Opfer.

Bestellungen zum reduzierten Preis von 100 S sind bei der Bundesleitung der ÖVP-Kameradschaft (ÖVP-K) der politischen Verfolgten, 1080 Wien, Laudongasse 16, schriftlich oder fernmündlich unter Ruf 43 11 44 noch möglich.

3. Restexemplare „Tagebuch der Anne Frank“

Können ebenfalls bei der Bundesleitung der ÖVP-Kameradschaft schriftlich oder fernmündlich gegen Ersatz der Versandkosten bestellt werden.

4. Autoren-Unterzeichnung

Die Verfasser der einzelnen Zeitungsartikel müssen der Redaktion bekannt sein. In der Veröffentlichung selbst werden die Mitwirkenden jeder Nummer nur mehr in einer eigenen Spalte gemeinsam angeführt.

Jubilare

In diesen Wochen feiern folgende Kameradinnen und Kameraden „runde“ Geburtstage.

Die ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten und die Redaktion des FREIHEITSKÄMPFER gratulieren herzlichst:

Landesverband Burgenland:
70 Jahre: RIBARITS Franz (14. 9.)

Landesverband Wien:
40 Jahre: KASTELIC Dr. Norbert, Dir. (11. 10.)

55 Jahre: REIS Arthur Kurt, HH-Lehrer (7. 10.)

65 Jahre: GOLDEBAND Otto, Komm.-Rat (27. 8.)
MALY Walter (20. 10.)

70 Jahre: BAIRHÜBER Maria (7. 9.)
ETTENAUER Johanna (7. 8.)

75 Jahre: HIPPAUF Dr. Dipl.-Ing. Ernst, Hofrat (8. 10.)
MITLACHER Alfred (18. 10.)

WEINLICH Karl, Reg.-Rat, Amtsdir. i. R. (20. 9.)

85 Jahre: HULOBOŤSKÝ Maria, OSR, Dir. i. R. (22. 6.)

KNAJPCZYK Karl (17. 9.)

90 Jahre: BREUER Josefa (6. 9.)

EHRENZEICHEN-VERLEIHUNGEN

Bis Ende 1978 über Vorschlag der Landesorganisationen verliehene Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs:

Landesverband Oberösterreich:
EILBERGER Anton, Linz

FEUCHT Anton, Laakirchen

FISCHER Josef, Scharnstein

FRIEDL Reinhold, Reg.-Rat, Linz

GOTTWEIS Franz, Bds.-Wirtschaftsrat i. R., St. Martin

HACKL Karl, Bad Hall
HEIDELBERGER Hellmut, Linz
JAHN Carl, Grünburg
JETSCCHÖ Franz, Pfarrer i. R., Reichenau/Innvi.

KAGERER Hermann, Kons.-Rat, Altenfelden

KRETSCHMER Kajetan, Ampfwang

KURZ Dr. Hans, Dir. i. R., Steyr

LEITNER Max, Gmunden

LINDORFER Leopold, Sarleinsbach

LINDORFER Hermine, Sarleinsbach

LUDWIG Msgr. Johann, Generaldechant i. R., Braunau

MATHÄ Alois, Hauptschuldir. i. R., Eferding

MÖSER Josef, Ebensee

NAGLER Paula, Losenstein

RECHBERGER Adolf, Komm.-Rat, Eferding

REICHBERGER Gustav, wOAR, Dir. i. R., Linz

SCHWABERGER Franz, Linz

WEIS Franz, Reichenau

WURMHÖRINGER Alois, Weis

ZIMMERBAUER Wilhelm, OARat, Linz

Posthum wurde das Ehrenzeichen verliehen:

ERBSTEIN Julius, Dir., Wien

KOWARZ Adolf, Gmunden

NIETSCHKE Alfons, Baumeister, Gmunden

SCHMIRL Josef, Linz

SIGMUND Dipl.-Ing. Franz, Hofrat, Gmunden

Landesverband Salzburg:
CERRINI Fritz, Imtau

EDER Karl, OARat i. R., Salzburg

FELBER Georg, Hauptschuldir., Salzburg

FRANK Wilhelm, Hallein

GLASER Dr. Herbert, Mag. Dir., Salzburg

GRÜBER Josef, Salzburg

LINDNER Josef, Maltsee

LIPPITZ Matthias, BS-Inspr. i. R., Dorf-gastein

MÖBIUS Dr. Reinhold, Rechtsanwalt, Salzburg

POLLAK Ing. Robert, Dir. i. R., Elsbethen

PRODINGER Hermann, Salzburg

RAINER Hermann, Landesrat a. D., Salzburg

STILCKRAUTH Dipl.-Ing. Albert, Zell/See

THEISSL Patriz, Postob.-Inspr. i. R., Salzburg

Posthum wurde das Ehrenzeichen verliehen an:

LANDL Albert, Salzburg

ULPMER Franz, Salzburg

Die Beiträge stammen von: Rudolf Göpfrich, Camillo und Margit Heger, WHR Dr. Ludwig Mohr, OSR Anton Sattler, Dir. Ing. Karl Serschen, Hanna Teitscher, ORat Mag. Dr. Josef Windisch, Krim.Oberst i. R. Ernst Sprung.